INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
2,50 DM

DIE NEUE WELTORDNUNG DER NATO:

KRIEGSHERREN IN BOMBENSTIMMUNG



Nr. 473

8. 4. 1999

INHALT

WENIGE, ABER WICHTIGE TERMINE:

10. APRIL: Berlin - „NPD-Aufmarsch verhindern". JN und NPD haben eine Demonstration in Berlin-Weißensee angekündigt. Zur Gegendemo: 12 Uhr Hamburger Platz, Weißensee

17.APRIL: „enough ist enough" -Rassismus bekämpfen. Gegen den NPD-Aufmarsch in Magdeburg. Info-Telefon: 0172/ 30 17 429

1. MAI: Berlin - Revolutionäre 1. Mai-Demo um 18 Uhr vom Oranienplatz durch Kreuzberg und Neukölln zum Zickenplatz (Hohenstaufenplatz)

Bremen - Null Naziaufmarsch in Bremen Infotelefon: 0421/75682 Fax: 0421/75682

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: siehe oben

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

UND NOCH WAS...

...wir haben euch in der letzten Nummer mitgeteilt, daß ihr ab sofort auch Texte auf Diskette im txt-Format einschicken könnt. Dem schlechten bis nicht vorhandenem Layout der meisten Texte steht ihre Authentizität entgegen. Ein Konflikt, den wir folgendermaßen lösen: Wenn IHR wollt, schickt ihr eure Texte auf Disk. Dann ist klar, daß wir damit layouten können. Aber weder garantieren wir, daß das Ergebnis immer in eurem Sinne ist, noch garantieren wir, daß wir tatsächlich die Datei layouten. Also: Trotzdem immer einen Ausdruck mitschicken.

Vertrieb und Sonstiges:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften, gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit - wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken. Geht bitte in den nächsten Infoladen, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Photokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende: **Knastabos** gibt es umsonst und auch **Infoläden und Infocafes** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere WiederverkäuferInnen können jederzeit ab drei Exemplaren bei uns bestellen. Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und den benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens drei Hefte jede Woche. Falls ihr ganz abseits im Wald oder sonstwo wohnt, und uns in einem Brief die Unmöglichkeit, zwei weitere WGs zu finden, erklärt, machen wir gerne eine Ausnahme.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Am besten werft ihr eure Artikel selbst in unser Postfach im Mehringhof (in einem geschlossenen Umschlag mit deutlich „für Interim" drauf durch den Schlitz im Postraum). Sollte dies euch nicht möglich sein, schickt es per Post - aber dieser Weg ist nicht 100% sicher.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollten **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine oder ähnlichem schreibt, ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Photo oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in der Regel ohne Kommentar in die **Ordner**. Diese befinden sich im Papiertiger (Cuvrystr. 25), im Kopierladen M.99 (Manteuffelstr. 96), im Nachladen (Waldemarstr. 36) und im Infoladen Daneben (Liebigstr. 34) und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in die Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

DESPITE OUR RAGE WE'RE STILL JUST RATS IN A CAGE...

Stell' Dir vor, es ist Krieg und wir machen wieder mit. Der Bundestag hat mit großer Mehrheit den Angriffskrieg der NATO unter deutscher Beteiligung gebilligt, lediglich die PDS und einige wenige Grüne lehnen den Krieg ab. Und auf der Straße ist ebensowenig Opposition zu sehen - kein Vergleich etwa zum Golfkrieg 1991, als Hunderttausende demonstrierten.
Ein humanitärer Krieg soll es sein, blasen uns Politik und Medien täglich um die Ohren. Angesichts solcher Begründung braucht mensch sich die moralische Frage, die die Grünen zur Rechtfertigung für die Unterstützung des Krieges heranziehen - der vielbemühten Zwickmühle - gar nicht erst zu stellen: Die Nato führt keinen Krieg, um Verbrechen an Menschen zu verhindern. Die Nato ist eine Militärorganisation mit politischen Zielen, kein Menschenrechtsbündnis.Und sie operiert politisch, nicht moralisch.
Nicht umsonst konnte man in den vergangenen Wochen beobachten, wie sogar die Organisation, deren Aufträge im herrschenden Diskurs „Friedensmissionen" genannt werden - die UNO - aus der Diskussion ausgeklammert wird. In der UNO stehen geopolitisch die Interessen gegeneinander, diese Interessen wiegen schwerer als tatsächliche Menschenrechtsinteressen.
Die politischen Absichten der Nato detailliert zu analysieren, wollen wir uns in einem Vorwort nicht anmaßen. Fest steht, daß die Nato diesen Krieg als Testfall für eine neue Weltordnung sieht, in der die Gewichte verschoben werden. Die UNO spielt keine Rolle mehr, weil die UNO-Generalversammlung durch die Mehrheit der sogenannten Drittweltstaaten als unzuverläßlich gilt, im Sicherheitsrat wiederum widersetzen sich China und partiell Rußland allzuoft westlich-atlantischen Hegemonialbestrebungen. Die wahrlich nicht linke Zeitung USA Today schrieb etwa, die NATO werde deshalb „von einer über vier Jahrzehnten defensiven Allianz zur offensiven Kriegsmaschine" geformt.
Neu ist dabei die unverfrorene „Selbstmandatierung der Allianz zum Waffengebrauch nach eigenem Ermessen", wie eine Studie des Hamburger Friedensinstitutes IFSH kritisiert: Pentagon, übernehmen Sie.
Nicht, daß die USA wesentliche Entscheidungen der UNO nicht nach ihren Interessen dominieren würde, sei es durch politische Drohungen, sei es durch einen schlichten Zahlungsstop der Mitgliedsbeiträge. Aber es ist schon bemerkenswert, wie dreist im Falle des Bombardements Serbiens das Völkerrecht mißachtet wird.
Für die NATO ist der Angriff auf Serbien

auch eine Möglichkeit, herauszufinden, wie effektiv sie Krieg führen kann und wie ihre Vormachtstellung im Südosten Europas gestärkt werden kann.
Die NATO-Protagonisten propagieren das in Schlagworten wie „Stabilität auf dem Balkan herstellen". Anders ausgedrückt: Es geht um die Vormacht in der Region, die Frage, wer bestimmt, wer herrscht - und wer nicht.

Lange Jahre haben die europäischen Staaten das jugoslawische Regime unterstützt und als legitimen Partner akzeptiert - nicht zuletzt, um die Flüchtlinge aus den verschiedenen Teilen Ex-Jugoslawiens wieder abschieben zu können. Und in der Argumentationslogik der Nato-Staaten fiele uns noch das eine oder andere zu bombardierende Land auch innerhalb der Nato ein, allen voran die Türkei.
Die Zeiten haben sich politisch auch für die Linke geändert. In der politischen Intervention, in der tagesaktuellen Debatte reicht es kaum mehr, nur eine generelle Anti-NATO-Position einzunehmen - so richtig sie auch ist. Welche Möglichkeiten es zu einer politischen Intervention vor der Bombadierung gegeben hätte, auch das können wir in einem Vorwort nicht adäquat analysieren.
Für uns bleiben dabei einige Punkte klar: Die NATO ist und bleibt die relavanteste Organisation zur Durchsetzung imperialistischer Interessen. Das Ziel muß ihre Abschaffung sein.
Deutschland (unter rot-grüner Regierung) hat sich mit diesem Angriffskrieg endgültig an der Seite der USA als starker Partner in Europa etabliert. Das wird die künftigen Konstellationen prägen.
Als Linke/r läßt sich in diesem Krieg keine der herrschenden Parteien unterstützen. Das Regime von Milosevic und seinen Anhänger/innen ist uns politisch zuwider und sog. ethnische Säuberungen können niemals gerechtfertigt werden.

Seit 1989 operiert Belgrad mit brutaler Macht an der Erhaltung des zusammengesetzen Staates Jugoslawiens; mit militärischen Mitteln und Krieg gegen die Bevölkerung. Dabei stellen wir uns nicht auf die Seite nationalistischer Separatist/innen. Ein Kampf gegen völkische Unterdrückungspolitik ist allerdings legitim. Eine Bürgerrechtsbewegung von unten, auf die wir am ehesten setzen würden und wie es sie in Belgrad gegen Milosevic noch 1996 in relevanter Stärke gegeben hat, ist schon seit einiger Zeit nicht mehr zu erkennen.

Für uns offen ist die Frage, wie mit Situationen wie im Kosovo umzugehen ist. Unstrittig ist, daß eine linke Position nicht das Wegschauen vor ethnisch motivierten Vertreibungen und Mord zuläßt. Bleibt die Frage nach der UNO: Ist sie legitimer Bezugspunkt für internationale Diplomatie? Was bleibt, wenn von unten wenig kommt? Hätte ein rigider wirtschaftlicher Boykott mehr Sinn gemacht? Ein oft anzutreffender Konflikt: Die Realpolitik kann mensch eigentlich nur ablehnen, eine Position ist gleichwohl unumgänglich.

"IN DIESEN KRIEG WURDEN WIR SYSTEMATISCH HINEINGEFÜHRT. (...) ZIEL WAR VON ANFANG AN, ALLE GRENZEN STÜCK FÜR STÜCK SO WEIT ZU VERSCHIEBEN, DAß DAS MILITÄR WIEDER ZU EINEM MITTEL VON POLITIK GEMACHT WERDEN KANN"

WOLFGANG VOGT, BUNDESWEHRAKADEMIE

Eine kurze Anmerkung schließlich zur deutschen Rolle. Die Fratze Scharpings wird verzerrter, je weniger die Argumentation vom Völkermord - und dessen Verhinderung durch die Nato greift. Die moralische Argumentation kommt abhanden, übrig bleibt der Entschluß zu einem Angriffskrieg. Der Wiedereintritt des militärischen Deutschlands in die Reihe der Weltmächte ist von langer Hand vorbereitet. Wir fanden dazu passend, was Wolfgang R. Vogt, wissenschaftlicher Direktor an der Führungskademie der Bundeswehr im STERN gesagt hat: „Die Normalisierung des militärischen Faktors war zunächst die Politik Helmut Kohls; und sie war überaus erfolgreich. In diesen Krieg wur-

den wir systematisch hineingeführt. Das war die Strategie des damaligen Verteidigungsministers Rupert Scholz, weitergeführt vom schwachen Gerhard Stoltenberg und von Volker Rühe: 'Step by step'. Die sind immer an die Grenzen der öffentlichen Zumutbarkeit gegangen: humanitärer Einsatz in Kambodscha, Minenräumen im Golf, Awacs-Überwachungsflüge über der Adria, zwischendurch Somalia, Sfor-Einsätze. Und bei allem nie eine direkte Beteiligung am Kampfgeschehen. Ziel war aber von Anfang an, alle Grenzen Stück für Stück so weit zu verschieben, daß das Militär wieder zu einem Mittel von Politik gemacht werden kann."

Um die Rolle des neuen Deutschlands nicht wieder zu verringern, muß um so verbissener auf die Moral verwiesen werden. In dieser Rolle arbeiten Fischer und Scharping Hand in Hand.

Je weniger Politik als gesellschaftlich wahrgenommene Kategorie zählt und dementsprechend durch Moral ersetzt wird, desto stringenter kann reale Politik der Mächtigen durchgesetzt werden.

„Deutsche Bomber fliegen wieder über Belgrad" ist dabei die Argumentation, mit der viele Rest-Linke diesen Krieg ablehnen. „Deutsche Bomber über Belgrad" wecken Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg, an die Kriegsverbrechen des Dritten Reiches. Doch derzeit wird diese Erinnerung gerademal als rhetorisches Mittel gegen den Krieg eingesetzt. Uns reicht es nicht, nur aus Gründen der deutschen Geschichte gegen diesen Krieg zu sein. Wir sind prinzipiell gegen diesen Krieg, nicht nur gegen die deutsche Beteiligung. Dabei gilt immer noch: Krieg ist die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln.

Zu einem anderen Punkt:

Wir haben uns in der vergangenen Ausgabe über das Niveau der Vergewaltigungsdebatte geärgert. Von der AAB ist auf vier dürren Absätzen nichts zu lesen außer einer rein technischen Argumentation, gibt es keine Auseinandersetzung mit der Vergewaltigung. Auf der anderen Seite ein Frauen-Lesbenflugi, was vor Unwahrheiten und Unterstellungen nur so strotzt und in der Behauptung gipfelt, die Antifa (M) habe sich dafür entschieden, einen Vergewaltiger in ihrer Gruppe zu belassen.

Wir haben vor einigen Nummer schon mal geschrieben, daß wir nicht bereit sind, in der INTERIM einen konkreten Fall detailliert zu debattieren, weil wir finden, daß zum Schutz der Frau voyeuristische Details nicht an die Öffentlichkeit gehören. Neben der Frage nach Konsequenzen für die Frau und den Vergewaltiger in der Gruppe sollte es um eine weitergehende politische Auseinandersetzung gehen. Dabei stehen für uns zwei Fragen im Vordergrund: Wie kann die betroffene Frau geschützt werden? Und welche Auseinandersetzungen laufen in der Gruppe, in der der Vergewaltiger bisher mitgearbeitet hat?

Gerade in der Auseinandersetzung einer Gruppe muß es um politische, antipatriarchale Kriterien gehen, die nachvollziehbar und diskutierbar sind. Weil sich die AAB genau dem verweigert und um die Debatte von Details etwas loszulösen, haben wir uns entschieden, die zwei in der letzten Nummer angesprochenen Papiere der Antifa (M) mit reinzunehmen. Wir haben daran einige Kritik (siehe auch "Revolutionäre Feministinnen" in der letzten Nummer), finden sie aber gut geeignet für die Debatte um die Frage, wie eine betroffene Gruppe mit einem Vergewaltiger umgehen sollte.

Die Interims dieser Woche

PS: Aus Bremen hätten wir gerne ein Plakat für die Rückseite gehabt - haben uns gut gefallen, waren aber leider nicht in der Post.
PPS: Liebe Leute von Haus Mainusch: Bitte schreibt doch einen Text auch so, daß daraus deutlich wird, in welcher Stadt ihr lebt, was für ein Projekt ihr seid etc. Sonst hat so ein Text bundesweit keinen Sinn. Bitte einfach nochmal überarbeitet einschicken, danke!

Magdeburg 17.April '99

enough is enough

Rassismus bekämpfen!

Für den 17.April - der symbolische Bezug auf den „Führergeburtstag" am 20.4. ist mehr als deutlich - hat die NPD Sachsen-Anhalt einen erneuten Aufmarsch in Magdeburg angemeldet. Das Motto ist das gleiche wie vor anderthalb Monaten, als in Magdeburg schon einmal 800 Nazis aufmarschierten: „Keine deutschen Pässe für Ausländer". Knapp zwei Wochen vor dem zentralen NPD-Aufmarsch zum 1.Mai in Bremen halten wir es für wichtig, daß von Magdeburg am 17.April ein klares Signal ausgeht: Nazi-Aufmärsche und Rassismus stoßen auf unseren entschlossenen Widerstand!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Info-Telefon:
0172/ 30 17 429

Homepage: www.crosswinds.net/magdeburg/~akamd
e-mail: akamd@magdeburg.crosswinds.net

Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg



Infomaterial wie Plakate, Faltblatt (in Zeitungsformat), Aufkleber, Postkarten sind zu bestellen bei:

- Infobüro Bremen
c/o Infoladen Umschlagplatz
St.-Pauli-Str. 10
28203 Bremen
- Infotelefon mit dem aktuellen Stand: 0421/75682
Fax: 0421/75682
- WWW:
http://www.nadir.org/nullnazis

Berlin , 10. April 1999

NPD-Aufmarsch verhindern! Kein Raum für Faschisten!

Die NPD und ihre Jugendorganisationen (JN) will am 10.04.99 um 14 Uhr auf dem Pistoriusplatz in Berlin-Weißensee eine Demonstration unter dem Motto: "Für ein nationales Staatsbürgerschaftsrecht, gegen doppelte Staatsbürgerschaft, Ausländerintegration und Multikulti." durchführen.

Die von der CDU/CSU entfachte Hetzkampagne gegen ImmigrantInnen, wird dankend von der extremen Rechten aufgegriffen und ausgeweitet bzw. ausgeführt, wie in den letzten Wochen die schwerverletzten und zu Tode gehetzten ImmigrantInnen in Brandenburg zeigen.

Es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß die NPD in Berlin-Weißensee marschiert, die Landesgeschäftsstelle Berlin-Brandenburg der NPD befindet sich in der Pistoriusstraße. In dem Kiez um den Hamburger Platz, in dem die NPD-Geschäftsstelle vermutet wird, sind verstärkt Aktivitäten der NPD/JN zu beobachten. Vor allem der Treffpunkt Charlott ist zu einem Treffpunkt der Faschisten geworden. Im Hinterzimmer treffen sich die Nazikader und vorne saufen die Mitläufer.

Die NPD kann sich in Nordberlin in "guter" Nachbarschaft wähnen: Die ebenfalls rechtsextremen Republikaner haben ihre Bundesgeschäftsstelle im Gartenhaus der Villa Garbaty im Nachbarbezirk Pankow errichtet.

Warum es die rechtsextremen Parteien nach Nordberlin zieht, läßt sich in einer Statistik des Berliner Abgeordnetenhaus nachlesen. 36% der Tatverdächtigen rechtsextremer Straftaten kommen aus den Bezirken Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee. 21% aller rechtsextremer Übergriffe auf AusländerInnen und Menschen, die auch sonst nicht in das Weltbild der Faschisten passen, geschehen auf dem Gebiet dieser drei Bezirke, die künftig zu einem Großbezirk zusammengeschlossen werden.

Wir werden es nicht hinnehmen, daß faschistische Strukturen und Veranstaltungen in Berlin und anderswo zur Normalität werden! Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Senat und Polizei Naziaufmärsche in Berlin nicht verhindern. Deshalb rufen wir alle Menschen auf sich am **Hamburger Platz (Berlin-Weißensee) um 12 Uhr** zu versammeln.

Antifaschistisches Aktionsbündnis III

weitere Aufrufer: antifaschistische Aktion Berlin (AAB), Antifa Rote Dornen (ARD), Antifa Spandau, AGIP (Antifaschistische Gruppen im Prenzlauer Berg), AIM (Antifaschistische Initiative Moabit), AG „Junge GenossInnen" Pankow, Arbeiter und Literatenrat, Bündnis'90/ die Grünen Weißensee, Gruppe Internationale, JungdemokratInnen/junge Linke Berlin, JW-Jungleserinitiative, Lothar Feix (Torpedokäfer), MedizinerInnen gegen Faschismus, plakativ-combo-berlin (pcb), PDS-Weißensee und Fraktion, PDS-Prenzlauer Berg

VISDP: G. Scholke am Steinschlag 86, 10435 Berlin

AKTION GEGEN NAZI LÄDEN IN PRENZLAUER BERG

In Berlin ist es ja für "aufrechte deutsche" nicht schwer an einschlägiges material, wie aufnäher, t-shirts, anstecker, "thorhammer", fahnen, messer, bücher und ähnliches zu gelangen. Sie müssen nicht auf´s internet zurückgreifen oder sich anders an entsprechende versände wenden. Denn fast in jedem östlichen stadtbezirkgibt es mindestens einen laden für diese spezielle kundschaft.
Eine besondere konzentration solcher läden ist in P´Berg zu beobachten.
Um dieses, viel zu sehr vernachlässigte, treiben wenigstens etwas zu behindern, haben wir am wochenende vom 20./21. März einige dieser läden besucht:

"Hoolywod" - Schönhauser Allee 43
Der name ist programm und die verkäufer treten offen als nazis auf. Hier gab es schon antifaschistische Farbatacken und diesmal wurde das schloß vom schaltkasten der schutzgitter mit sekundenkleber und einer geköpften stecknadel verklebt.

2x "Mc Trend"- Danziger Str. 8 und Danziger Str. 57 / ecke Senefelder Str.
Diese läden gehören zu einer kette, mit einem weiterem geschäft in friedrichshain ("East-Side" - Warschauer Str. 20, Tel. 030/2385940. Nach antifa aktionen (glasbruch, verklebte schlösser, farbatacken, versaute auslagen) sind die offensichtlichen sachen unter der theke verschwunden und werden nur auf nachfrage rausgeholt! Diesmal wurden die schlösser für die elektrischen rolläden verklebt.

"Keller" - Danziger Str. 65 (ehemals 59)
Seit dem umzug ziert ein verschmierter pitbull kopf den rolladen. Auch der "Keller" war schon öfter ziel von antifa protesten. Diesmal wurden die hoffenster zerstört.

"Artefakt" - Geifswalder Str. 162 / ecke Schieritzstr.
Hier gibt es Bücher über "nordisch-germanische mythologie" und die "thule gesellschaft" sowie schwerter, dolche und ähnliches zu kaufen. Das verklebte türschloß und die zerstörte schaufensterscheibe sollten den besitzer zum nachdenken über seine waren anregen.

"Two-Flag-Store" - Hufelandstr. 9
Schon durch schaufenster sieht man "thorhammer" und "odin" - gürtelschnallen. Auch hier wude das türschloß verklebt.

"Lünser & Hennlein" - Bötzowstr. 19
Dieser flaggen- und teeladen fertigte fahnen für die NPD/JN an und mußte schon 2x glasbruch durch antifas hinnehmen. Diesmal wurde ebenfalls das türschloß zugeklebt.

Gegen die meisten der von uns angegriffenen läden sind schon mal aktionen gelaufen, doch nur kontinuierlicher widerstand kann dafür sorgen, das die besitzer
(ob sie nun aus ideologischen oder matriellen gründen solchen mist verkaufen) ihr verkaufsangebot ändern.

A.n.t.i.f.a.s.c.h.i.s.t.i.s.c.h.e I.n.i.t.i.a.t.i.v.e Z.u.r Ä.n.d.e.r.u.n.g D.e.r L.a.d.e.n.ö.f.f.n.u.n.g.s.z.e.i.t.e.n

SMASH THE SYSTEM!

1. MAI-DEMO : 18 UHR : ORANIENPLATZ

1.Mai 99 - Prenz'lberg goes Kreuzberg

Auch in diesem Jahr wird es in Berlin wieder eine revolutionäre 1. Mai Demonstration geben - wie im letzten Jahr um 18 Uhr, diesmal ab Oranienplatz. Neu ist dabei, daß erstmals seit mehreren Jahren wieder eine gemeinsame Demo in Kreuzberg stattfindet.
Der 1. Mai hat als linker Kampftag eine über 100jährige Tradition. Es ist der Tag, an dem tausende Menschen auf die Straße gehen um ihre Forderungen nach einem menschenwürdigen Leben und nach einer besseren Gesellschaft zu manifestieren. In diesem Sinne steht der 1. Mai für alles, wofür die radikale Linke eintritt: Selbstbestimmung, die grundsäztliche Gleichheit der Menschen, Internationalismus und die Ablehnung jeder Form von Ausbeutung und Unterdrückung. Für uns kann damit nur verbunden sein, daß wir die hier herrschenden Verhältnisse grundlegend in Frage stellen, und uns kein gutes Leben im Falschen vorstellen können.
Zusammen kämpfen! Für den Sozialismus!



V.i.S.d.P.: C. McDermont, 34 Olsen Road, West-Belfast

SÄGEN AM ATOMSTAAT

Wir haben in den Morgenstunden des 24. März 1999 einen 220 KV Strommast einer Versorgungstrasse der Deutschen Bahn bei Dietersdorf in Brandenburg umgesägt.

Gründe für eine Aktion gegen die Deutsche Bahn gibt es genug:
- die Bahn ist das Nadelöhr für den Transport von Atommüll.
- diese Castortransporte werden auch künftig weitergehen. Denn mit dem für die Zukunft versprochenen Vielleicht-Ausstieg hofft die Regierung die demnächst massenhaft anstehenden Transporte besser gegen den Widerstand duchsetzen zu können.
- die Bahn ist Anteilseignerin am AKW Neckarwestheim und gehört damit selbst zur Atomlobby.
- die Bahn AG bezieht zur Deckung des eigenen Strombedarfes rund 30 Prozent Atomstrom.

Hinsichtlich der potentiellen Angriffspunkte, die sich für legale wie militante Kampagnen eignen, gibt es nach wie vor keine geeignetere Adresse als die Bahn AG, auf die sich die Angriffe vieler verschiedenen Gruppen konzentrieren können. Das hat die Anti-AKW Bewegung in der Vergangenheit sehr erfolgreich unter Beweis gestellt. Schließlich ist die Infrastruktur der Bahn buchstäblich fast überall anzutreffen - und zu treffen. An diesem Punkt können wir unserer Phantasie auch noch weiter schweifen lassen als bisher. Für uns gilt dabei, daß Menschenleben durch unsere Aktionen nicht gefährdet sind.

Vieleicht hatten einige nach der Wahl die Hoffnung, mit Rot-Grün würde sich zumindest die Abschaltung aller AKW schnell erreichen lassen. Das glaubt heute kaum noch jemand. Mit dem Rücktritt des letzten Sozialdemokraten aus der Regierung existiert das System Kohl weiter - zwar ohne Kohl aber genauso effektiv.
Wir hatten sowieso nicht die Illusion, daß der angekündigte Ausstieg konsequent umgesetzt wird. Trotzdem haben die Entwicklungen der letzen Wochen noch einmal bewiesen, daß die Macht der Konzerne so groß ist, daß ein kurzes Räuspern ausreicht, um eine gewählte Regierung sofort auf Linie zu bringen. Die SPD kommt vom "Einstieg in den Ausstieg" (Parteibeschluß 1986) jetzt schnell zum Ausstieg aus demselben, um eine, wie es heißt "wirtschaftsfreundliche" Politik zu machen.
Wir lassen uns auch nicht von vermeintlichen Sachzwängen beeindrucken, wie sie zur Zeit häufig angeführt werden, um die Möglichkeit eines schnellen Ausstieges aus der Atomenergie zu widerlegen.
Denn in den letzten Jahren hat sich fast jeder Alleingang einer deutschen Regierung - bei entsprechendem politischen Willen - in ganz Europa durchgesetzt. Von der faktischen Abschafffung des Rechts auf Asyl, über die Schengen-Konferenz, bis zur totalen Überwachung durch eine europäische Superpolizei hat die BRD-Regierung bewiesen, wie ausgezeichnet sie politisch durchsetzungsfähig ist. In der AKW-Frage entpuppen sich Schröder und Hombach als willfähige Erfüllungsgehilfen der Stromkonzerne (so hat z.B. der VEBA-Konzern den Bau der 1,5 Millionen-Villa von Hombach großzügig gesponsert).

Für die Anti-AKW Bewegung und alle anderen außerparlamentarischen Oppositionsgruppen hat sich mit Rot-Grün nichts grundlegend geändert. Die rassistischen, patriarchalen und kapitalistischen Gewaltstrukturen werden von dieser Regierung und seinem Staatsapparat in identischer Weise weitergetragen, zum Großteil sogar ohne kosmetische Korrekturen - der halbherzige Gesetzesentwurf zur doppelten Staatsbürgerschaft ist quasi vom Tisch. Der kurdische Befreiungskampf wird weiter kriminalisiert, Waffen werden an die Türkei verkauft und die Abschiebungen an die Folterer gehen weiter.
Dabei stehen wir einem Gegner gegenüber, der gut und hierarchisch organisiert ist, über fast unendliche finanzielle Ressourcen verfügt, der sich bewaffneter Horden bedienen kann und letztendlich vor nur wenig zurückschreckt.

Es gilt nach wie vor, daß nur das Vertrauen auf die eigene kämpferische Stärke und das autonome Agieren etwas bewegen kann. Ein wichtiges Ziel von uns und vielen anderen ist nach wie vor die Stillegung aller Atomanlagen weltweit und zwar subito!
Der Druck, den die Anti-AKW Bewegung mit ihren vielfältigen Aktionsformen, von der Sitzblockade bis zum militanten Angriff aufgebaut hat, ist groß. Wir haben die Chance die AKW-Frage zu unserem Gunsten zu entscheiden. Dazu ist es notwendig, Gegenmacht zu den herrschenden Strukturen auf- und auszubauen. Nur die Selbstorgansierung wird uns helfen, [illegible] dabei gewonnenen kollektiven Erfahrungen helfen uns auf anderen Feldern weiter, sich gegen den Staat und seine Institutionen zu wehren und Widerstand zu leisten. Der Weg in eine befreite Gesellschaft ist lang und mit vielen Stolpersteinen behaftet - er wird nur dann erfolgreich sein, wenn außer der Revolutionierung der Gesellschaft auch die eigene Veränderung mit Lust angegangen und erlebt wird. Die Durchbrechung der von der Gegenseite vorgegebenen Regeln ist dabei unausweichlich.

Für die Abschaltung der herrschenden Klasse und ihrer Atomanlagen!
Die Bahn ist überall - wir auch!

Autonome Gruppen

"JEDER KURDE IST SCHULDIG"

NEWROZ 1999 – BERICHT EINER DELEGATION AUS SCHLESWIG-HOLSTEIN

Anlässlich des diesjährigen Newroz-Festes gab es in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan die größten Aufstände gegen die Regierung seit Jahren. Die Sicherheitskräfte reagierten mit militärischer Gewalt. Ausländische Delegationen wurden von der Polizei durch Festnahmen und Ausweisung daran gehindert, die kurdischen Newroz-Feiern und -Demonstrationen zu beobachten. Eine Delegation von neun Schleswig-HolsteinerInnen, die nach Adana in der Südtürkei geflogen war, wurde über 2 Tage lang in Polizeigewahrsam festgehalten.
Die schleswig-holsteinische Delegation bestand aus acht TeilnehmerInnen aus Kiel, Lübeck und Eckernförde sowie einer Dolmetscherin.
Wir hatten uns Adana als Ziel ausgesucht, weil dort sehr viele Flüchtlinge aus Kurdistan leben; zum Teil in großen Lagern und Flüchtlingsvierteln. Neben der Newroz-Beobachtung wollten wir uns auch über die Lage dieser Flüchtlinge informieren, um festzustellen, ob es tatsächlich eine sichere "inländische Fluchtmöglichkeit" für KurdInnen innerhalb der Türkei gibt. Dies wird immer wieder von deutschen PolitikerInnen und Gerichten in Asylverfahren behauptet.
Am 18.März, drei Tage vor Newroz, trafen wir in Adana ein. Von der Stimmung gerade unter der kurdischen Bevölkerung konnten wir uns kein umfassendes Bild machen, da uns von unseren kurdischen FreundInnen davon abgeraten wurde, uns frei in der Stadt zu bewegen. In der Zeit bis zu unserer Festnahme, konnten wir dennoch bei Gesprächen einige Eindrücke sammeln. Wir konnten unter anderem längere Gespräche mit dem örtlichen Parteivorsitzenden der HADEP (Demokratische Partei des Volkes), Eyyüp Karagecili, und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD, Süleyman Kilic, führen. Beide betonten, daß sich die Lage der kurdischen Bevölkerung noch weiter verschlechtert habe, seitdem der PKK-Vorsitzende, Abdullah Öcalan, vergangenen November in Rom um politisches Asyl nachsuchte. Seitdem versuche die türkische Regierung, "alles Kurdische zu vernichten", so der HADEP-Vorsitzende. Zur Zeit gelte: "Jeder Kurde ist schuldig." Die HADEP, die einzige (noch) legale pro-kurdische Partei, die auch zu den Parlamentswahlen am 18.April zugelassen ist, ist massiver Repression ausgesetzt. Seit November wurden zahlreiche HADEP-Büros von Polizei-Einheiten gestürmt, Funktionäre verhaftet und sehr viele Menschen verletzt oder getötet. Aktuell wude uns berichtet, daß zum Beispiel die Hadep-Vorsitzenden von Mersin, Van und Bingöl im Gefängnis sitzen. In Diyarbakir gab es zwei Tote, als Polizisten und Faschisten gemeinsam ein HADEP- Büro stürmten. Auch der HADEP-Vorsitzende von Adana, mit dem wir sprachen, wird demnächst ins Gefängnis gehen müssen, weil er eine Presseerklärung zu dieser Repressionswelle abgegeben hat. Auch während unseres Besuches erhielt er einen diesbezüglichen Drohanruf der Polizei. Für die HADEP gibt es kaum eine Möglichkeit, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und Wahlkampf zu betreiben. Uns wurde von massiven Behinderungen der Wahlkampfveranstaltungen berichtet. Es sieht nicht so aus, als werde es in der Türkei im April auch nur annähernd freie Wahlen geben, insbesondere gilt dies für die Gebiete mit kurdischer Bevölkerung. Drohungen von Seiten der Militärkommandeure, sie würden ganze Dörfer angreifen, werde dort auch nur eine einzige Stimme für die HADEP abgegeben, bestätigen diese Befürchtung. Über die politische Situation der KurdInnen frei zu berichten oder sich öffentlich zu der Thematik zu äußern, steht unter Strafe und wird umgehend mit staatlicher Repression beantwortet. Über die Schwierigkeiten einer unabhängigen Berichterstattung erfuhren wir etwas von einem Journalisten der ehemaligen-jetzt verbotenen- Zeitung ÜLKEDE GÜNDEM. Diese wurde nach eineinhalb Jahren ("eine lange Zeit !", so unser Gesprächspartner) von der türkischen Justiz verboten. Man muß damit rech-

nen, daß auch die geplante Nachfolgezeitung ÖZGÜR BAKIS das gleiche Schicksal erleiden wird. Die MacherInnen der Zeitung sind trotzdem Willens, mit ihrer Arbeit fortzufahren, da es "ihre Aufgabe, ihre Mission" sei, wie uns der Journalist versicherte. Daran könnten auch die Bedrohungen durch rechte Gruppen einerseits und durch den türkischen Staat andererseits nichts ändern. Am 7.März waren zuletzt die Häuser mehrerer Journalisten von der Polizei gestürmt worden.

Anschließend berichtete uns eine junge Frau über ihre Schwester, eine 19 jährige Studentin, die wenige Tage zuvor verhaftet worden war, als sie gemeinsam mit anderen StudentInnen eine Pressekonferenz an der Uni abhielten. Die StudentInnen forderten unter anderem die Beendigung des Krieges des türkischen Militärs in Kurdistan. Die Veranstaltung wurde von 100 Polizisten gestürmt, die Teilnehmenden zusammengeschlagen und viele von ihnen wurden festgenommen. Die Schwester unserer Gesprächspartnerin sitzt als einzige immer noch in Haft, weil sie die offensichtlich verbotenen Forderungen vorgelesen hatte. Sie wird nun des "Terrorismus und Separatismus" bezichtigt und soll vorraussichtlich im April vor das Staatssicherheitsgericht (DGM) gestellt werden. Sie und die anderen StudentInnen wurden während der "Untersuchungshaft" gefoltert und ihre Familienangehörigen bedroht.

Am Tag vor Newroz hatten wir geplant, den Mesopotamischen Kulturverein zu besuchen; dieser wurde jedoch noch vorher von der Polizei gestürmt und alle Anwesenden festgenommen. Bereits am 18.März wurden in Mersin 300 StudentInnen festgenommen, als sie - wie jedes Jahr- Newroz feiern wollten. Dieser und andere Vorfälle mit

WELCHE POLITISCHEN FORDERUNGEN ERGEBEN SICH AUS DEN ERFAHRUNGEN DER NEWROZ-DELEGATION ?

1. Fast alle GesprächspartnerInnen betonten, wie wichtig der internationale Druck auf die türkische Regierung sei, um zu einer politischen Lösung der Kurdistan-Frage zu kommen. "Wenn die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD es wollten, könnte der Kurdistankonflikt innerhalb einer Stunde gelöst werden !" (HADEP-Vorsitzender, Adana) " Die Kurdenfrage ist eine Menschheitsfrage !" (IHD-Vorsitzender, Adana)
2. Abschiebungen in die Türkei sind sofort zu stoppen ! JedeR Verantwortliche in der BRD weiß genau, daß den abgeschobenen Menschen in der Türkei Folter und Mißhandlung drohen. (Jüngstes Beispiel ist der 17 jährige Kurde Emin Acar, der am 12.März 1999 aus der BRD nach Istanbul abgeschoben wurde und dort vier Tage lang von der Anti-Terror-Abteilung der Polizei gefoltert wurde und anschließend in das Gefängnis Ümraniye gebracht wurde.) "Wenn du mit einem Fuchs handelst, kannst du ihm den Hasen nicht in die Hand geben." (IHD-Vorsitzender, Adana)
3. Die Waffen- und Militärhilfe an die Türkei muß beendet werden. Die Delegationen waren Zeugen, daß es Waffen aus Deutschland sind, mit denen Militär und Sondereinheiten der türkischen Polizei ausgerüstet sind, die dann gegen KurdInnen vorgehen. Die dieser Tage von der deutschen Regierung genehmigte Lieferung von U-Booten aus Deutschland an die Türkei hat nur auf den ersten Blick nichts mit der Unterdrückung der KurdInnen zu tun. Jede Waffen- und Rüstungshilfe stützt das Militärregime, und außerdem dient die so gestärkte türkische Marine z.B. dazu, Griechenland mit Krieg zu drohen, wenn es die KurdInnen unterstützen sollte.
4. Der kurdische Fernsehsender MED-TV muß sofort wieder senden können. Er wurde am 22.März von den britischen Behörden geschlossen, zunächst vorübergehend. (Von London aus strahlt MED-TV sein Programm via Satellit nach ganz Europa aus.) Dies ist ein gravierender Einschnitt in die Meinungs- und Pressefreiheit, da in der Türkei selbst unabhängige Informationen zur Lage der KurdInnen und der Menschenrechte unterdrückt werden.

Massenverhaftungen machten uns deutlich, wie fest entschlossen die türkische Regierung war, die diesjährigen Newroz-Feierlichkeiten zu unterdrücken. Am Samstag, dem Tag vor Newroz, war die Stimmung noch angespannter. Wir hatten den Eindruck, daß unsere GesprächspartnerInnen jeden Moment mit Polizeiaktionen rechneten. So konnten wir nur relativ kurze, wenn auch sehr beeindruckende und bedrückende Gespräche mit einigen Menschen führen. Die Anspannung und die bestehende Gefahr für alle war deutlich zu spüren. Deshalb kehrten wir diesmal schon gegen Nachmittag in unser Hotel zurück. Dort warteten bereits Polizisten in Zivil auf uns. Unter dem Vorwand, einer unserer Pässe sei gefälscht, wurden wir festgenommen und im Polizeipräsidium in eine für Ausländer zuständige Abteilung gebracht. Dort wurden wir zusätzlich des Drogenhandels beschuldigt. Alle wurden durchsucht, und einige Dinge, die wir bei uns trugen, wurden beschlagnahmt, darunter unsere Gesprächsnotizen und unsere Mobiltelefone. Während des 52-stündigen Gewahrsams wurden wir unterschiedlichen Formen psychischen Drucks ausgesetzt. Vor allem unsere Dolmetscherin wurde mit rassistischen Schikanen drangsaliert. Am nächsten Tag (Newroz-Sonntag) wurden wir in verschiedenen Räumen der Anti-Terror-Polizei festgehalten. Von Newroz selbst haben wir dort nichts mitbekommen. Aber am Newroz-Abend konnten wir zufällig beobachten, daß sehr viele Gefangene in Bussen auf das Gelände gebracht wurden. Zwei jugendliche Gefangene wurden versehentlich zunächst zu unserem Gebäudeteil gebracht; als sie wieder weggeführt wurden und die Polizisten sich im Schutz der Dunkelheit wähnten, schlugen sie die beiden Gefangenen zusammen, indem sie mit Knüppeln seitlich auf deren Köpfe einschlugen, bis sie zu Boden gingen. Danach wurden sie in ein uns gegenüberliegendes Gebäude geschleift.

Montag vormittag (22.März, am Tag nach Newroz) haben wir unsere Pässe und die meisten der beschlagnahmten Gegenstände zurückbekommen. Auch die Mobiltelefone wurden uns zurückgegeben, sodaß wir endlich telefonieren konnten. Es wurde uns angekündigt, wir würden jetzt dem Haftrichter vorgeführt. Im Polizeibus wurden wir zum Justizgebäude gefahren, jedoch nur, um dort zu Propagandazwecken der Presse vorgeführt zu werden. Ohne den Bus verlassen zu haben, wurden wir weitergebracht zum Staatssicherheitsgericht (DGM). Hier wurden wir am nachmittag von einem angeblichen Staatsanwalt vernommen, der uns mit dem Vorwurf konfrontierte, Propaganda für die PKK betrieben zu haben. Bei dem Verhör haben wir, wie auch zuvor, keinerlei Aussagen gemacht. Kurz darauf wurde uns mitgeteilt, daß wir umgehend ausgewiesen würden, ohne daß es ein Urteil gegen uns gäbe. Daraufhin wurden wir zum Flughafen verfrachtet, wo wir noch eine Nacht verbrachten, um danach mit dem ersten Flugzeug am Morgen mit zahlreicher Begleitung ausgeflogen zu werden.

Wir wissen, daß die Behandlung, die uns widerfahren ist, nicht zu vergleichen ist mit dem, was zum Beispiel KurdInnen in der Türkei erleben müssen und wollen deshalb unsere Erlebnisse nicht weiter ausführen.

Das was wir später über den Verlauf der Newroz-Feierlichkeiten in Adana erfahren haben, läßt keinen Zweifel mehr an dem Grund unserer Festnahme zu: Es waren an verschiedenen Plätzen und Straßen insgesamt 60.000 Menschen in Adana auf der Straße, gegen die das Militär bereits ab 10 Uhr morgens mit Panzern und Schußwaffen vorging. Über 1000 Menschen wurden allein in dieser Stadt verhaftet, es gab zahlreiche Schwerverletzte mit Schußwunden. Bei diesen Ausschreitungen der Sicherheitskräfte sollten keine ausländischen BeobachterInnen als Zeugen zugegen sein. Was den Organisationen und Menschen, zu denen wir Kontakt hatten, widerfahren ist, konnten wir bisher nicht zuverlässig in Erfahrung bringen. Es spricht aber alles dafür, daß das HADEP-Büro von der Polizei gestürmt worden ist, da es bereits am Samstag abend komplett umstellt war und sich später niemand mehr am Telefon gemeldet hat...

Schleswig-Holsteiner Newroz-Delegation 1999, 25.März 1999

DOKUMENTATION

Offene Erklärung der AA(M) zum Umgang mit dem Vergewaltigungsvorwurf gegen einen Genossen

Vor kurzem ist der offene Brief eines FrauenLesben Regionalplenums bekannt geworden, in dem der Vorwurf erhoben wird, wir würden einen Vergewaltiger schützen und die betroffene Frau angreifen. Die Verbreitung dieses Vorwurfs geschieht zwangsläufig in Unkenntnis unserer Sichtweise des Sachverhalts, da wir uns aus kriminalisierungstechnischen Gründen bisher darauf beschränkt haben, unsere Sicht entweder mündlich oder auf Anfrage schriftlich zu vermitteln. Rückblickend müssen wir jedoch feststellen, daß unsere Einbehaltung von Informationen es vielen unmöglich gemacht hat, unsere Perspektive kennenzulernen und unser Verhalten zu beurteilen. Die Auseinandersetzung mit dem Fall hat ihre Zeit beansprucht und dauert auch weiterhin an. Diese Zeit war notwendig, um eine gründliche Auseinandersetzung zu ermöglichen.

Wir werden im folgenden unsere Ansprüche an das Thema Patriarchat und unseren praktischen Umgang mit Sexismus darlegen. In unserer Reaktion auf den Vorwurf ging es uns erst einmal darum, die Position der Betroffenen ernstzunehmen, ihre Forderungen zu unterstützen und ihr weitestgehend entgegenzukommen. Darüberhinaus war es für *unseren* Umgang mit dem Täter notwendig, seine Tat an *unseren* Ansprüchen an das Verhalten eines Genossen in einer gemischten Gruppe zu messen.

Der Kampf gegen den Imperialismus muß Hand in Hand mit dem Kampf gegen das Patriarchat geführt werden. Das erfordert theoretische wie praktische, öffentliche wie persönliche Anstrengungen. Der Auseinandersetzung mit dem Patriarchat widmet sich bei uns seit Anfang 1992 eine ständige Arbeitsgruppe, in der Frauen und Männer gemeinsam Standpunkte entwickeln und daraus eine Praxis ableiten. Seitdem initiieren wir gemischt eigenständige Veranstaltungen und öffentliche Aktionen gegen das Patriarchat. Darüberhinaus fließen diese Standpunkte in die allgemeinen Theoriepublikationen und Aktionen der Gruppe ein.
Seitdem versuchen wir auch - über moralische Appelle hinaus - interne Maßnahmen zu ergreifen, die das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen innerhalb der Gruppe verringern sollen.
Da Männer die alltäglichen Profiteure dieses Widerspruchs sind, tragen sie auch eine besondere Verantwortung für ihre persönliche Veränderung. Auf der Grundlage ihrer faktischen Nutznießerrolle kann das für sie nur heißen, von liebgewonnenen Privilegien Abschied zu nehmen, während Frauen durch die Erkämpfung ihrer Rechte dazugewinnen. Sinn und Zweck solcher Maßnahmen ist es, für Frauen in bestimmten Bereichen einen formellen Machtüberschuß zu schaffen, der das informelle Machtungleichgewicht ausgleichen soll. Zu solchen Maßnahmen gehört beispielsweise die Einführung einer quotierten Redeliste, die geschlechtsspezifischem Redeverhalten Rechnung trägt.
In diesem Zusammenhang steht auch eine Maßnahme zum Umgang mit Sexismus in der Gruppe, die wir Anfang 1994 eingeführt haben. Da wir uns bewußt gemischt organisieren, unterscheidet sich unser Umgang von dem Umgang von FrauenLesbengruppen mit Sexismus. Unsere Basis bildet das bewußte Eingeständnis von Geschlechterrollen und der Wille, diese so weit wie möglich abzubauen. Auf dieser Grundlage bedeutet der Umgang mit Sexismus für uns eine ständige Auseinandersetzung und damit die Forcierung einer Weiterentwicklung von Männern und Frauen in der Gruppe. Die gemischte Organisierung bedeutet für die Frauen der Gruppe natürlich auch, in einigen Punkten nicht auf derselben Bewußtseinsebene arbeiten zu können, wie es in einer Frauengruppe möglich wäre. Diesem Zugeständnis der Frauen muß von den Männern der Gruppe Rechnung getragen werden.
Wir verstehen es prinzipiell als unsere Pflicht, einen Vorwurf des Sexismus ernstzunehmen und daraus praktische Konsequenzen zu ziehen.

Die Regelung für den Umgang mit Sexismus in der Gruppe sieht folgendes Verfahren vor: Nach Bekanntwerden eines Vorwurfs gegen einen Genossen beginnen getrennte Diskussionen in einem Frauen- und einem Männerplenum. In beiden Gruppen soll ein einheitlicher Informationsstand hergestellt werden und eine Bewertung des Ereignisses stattfinden. Die Grundlage dafür bildet in erster Linie die Darstellung der betroffenen Frau, die auch schriftlich oder über eine Delegierte erfolgen kann. Dabei geht es uns weniger um Details als vielmehr um eine grobe Erläuterung des Vorwurfs. Darüberhinaus halten wir es auch für notwendig, daß der Täter vor beiden Plena Rede und Antwort steht. Die grundsätzliche Entscheidung über den Verbleib eines Genossen in der Gruppe liegt bei den Frauen, da Frauen unmittelbar von einem Sexisten betroffen sind. Wenn die Entscheidung zugunsten des Genossen ausfällt, legen die Frauen außerdem fest, welche Bedingungen sie an seinen Verbleib knüpfen. Währenddessen überlegen sich die Männer, wie eine weitere Auseinandersetzung mit dem Genossen im Falle des Verbleibs aussehen könnte. Das Hauptziel der Diskussion unter den Männern soll sein, das gemeinsame Bewußtsein über das Herrschaftsverhältnis zwischen Frauen und Männern weiterzuentwickeln.
Danach findet ein gemischtes Treffen statt, auf dem die Frauen ihre Entscheidung bekanntgeben und begründen. Hier wird eine offene Meinungsäußerung und Auseinandersetzung der Männer zu der von den Frauen getroffenen Entscheidung erwartet.
Wir haben uns bewußt gegen eine Anhörung der Männer vor der endgültigen Entscheidung der Frauen entschieden, da der Informationsstand der beiden Plena der gleiche ist und in einer derart kritischen Frage die Entscheidungskompetenzen so eindeutig wie möglich sein sollten. Bei dem Entschluß zu dieser Regelung haben wir versucht, Erfahrungen Rechnung zu tragen, die wir bei Vergewaltigungsdiskussionen in der autonomen Szene gemacht haben.
Als gegen einen Genossen der Vorwurf einer Vergewaltigung erhoben wurde, hatten wir also schon eine Orientierung für den praktischen Umgang damit.

Bei diesem Umgang trafen wir dann auf einige

Schwierigkeiten:
Zum einen erfolgte die Beschuldigung der Vergewaltigung ohne jegliche Erläuterung. Der Artikel wurde von einer FrauenLesbengruppe geschrieben, die von der betroffenen Frau um Unterstützung gebeten wurde. Die Frau selber war unter keinen Umständen zu einem Gespräch mit Genossinnen unserer Gruppe bereit. Wir verstehen diese Entscheidung und respektieren sie, trotz der daraus resultierenden Probleme auf unserer Seite. Eine der Folgen war eine große Unklarheit unsererseits, da die unterschiedlichsten Versionen über die Tat in Umlauf waren, und auch die FrauenLesbengruppe uns jegliche nähere Erläuterung vorenthielt.
Zum anderen geschah die Bezeichnung der Vergewaltigung aufgrund einer Definition, die die Frauen unserer Gruppe nicht teilen. Doch dazu gleich mehr. Letztlich zwingt uns die Kriminalisierung, in der Öffentlichkeit sehr sparsam mit Informationen über einzelne Mitglieder umzugehen.

Was die Bewertung des Vorfalls betrifft, war es für uns von größter Wichtigkeit, das subjektive Empfinden der betroffenen Frau ernstzunehmen und zu akzeptieren. Das hieß erst einmal, die Forderungen zu unterstützen, die die Frau selbst an den Täter stellt. Die entscheidendste ist, daß er sich den privaten und öffentlichen Bereichen fernhält, die der betroffenen Frau zuzuordnen sind. An anderen Orten (auch Demos) hat er sich ohne Aufforderung zu entfernen, sobald sie anwesend ist. Entscheidend für unsere Unterstützung dieser Forderungen war, die realen Bedrohungsängste der Betroffenen ernstzunehmen und sie darin zu unterstützen, ihre Grenzen klar zu definieren.

Für unseren *eigenen* Umgang mit dem Fall erarbeiteten die Frauen der Autonomen Antifa (M) in eigener Auseinandersetzung eine Definition, die als Grundlage für eine Bewertung dienen konnte. Was die Definition betrifft, fängt nach Ansicht der FrauenLesbengruppe Vergewaltigung da an, wo Grenzen mit sexueller Absicht überschritten werden durch psychischen, physischen und sozialen Druck. Wobei die sexuelle Handlung nicht das Ziel ist, sondern das Mittel, um Macht auszuüben. Ebenso wie die FrauenLesben lehnen wir es strikt ab, wenn ein Mann die Grenzen einer Frau überschreitet. Eine Vergewaltigung beginnt für uns da, wo ein Mann *gegen den verbal oder nonverbal ausgedrückten Willen* einer Frau eine sexuelle Handlung vollzieht oder die Frau zu einer sexuellen Handlung zwingt und sie damit in ihrer körperlichen Integrität verletzt. Diese Definition schließt das Vorliegen einer durch psychischen oder physischen Druck des Mannes geschaffenen Atmosphäre ein, in der sexuelle Handlungen von der Frau erpreßt werden, ohne daß sie ihre Ablehnung gegen einen einzelnen Übergriff ausdrückt. Vergewaltigung ist einer der extremsten Ausdrücke des Patriarchats. Vergewaltigung steht jeder revolutionären Perspektive entgegen. Eine politische Zusammenarbeit mit einem Vergewaltiger in der Gruppe ist für uns nicht vorstellbar.

In der Realität befanden wir uns in einem großen Dilemma: Auf der einen Seite ein pauschaler Vergewaltigungsvorwurf aufgrund einer Definition, die wir nicht teilen. Auf der anderen Seite fehlte uns jegliche Erläuterung zu dem Vorwurf, um den Vorfall anhand unserer Ansichten zu bewerten. Nach einigen erfolglosen Versuchen einiger Genossinnen, ein Gespräch mit der betroffenen Frau zu erreichen, entschieden sich die Frauen der Autonomen Antifa (M), ihre Bewertung nur auf die Darstellung des Täters zu stützen, obwohl uns klar ist, daß seine Sichtweise nur die eigene Wahrnehmung widerspiegeln kann.

Nach der Darstellung des Beschuldigten werten die Frauen der Autonomen Antifa (M) sein Verhalten nicht als Vergewaltigung. Auf Wunsch der betroffenen Frau verzichten wir an dieser Stelle auf eine Wiedergabe der Darstellung des Täters. In unseren Augen handelt es sich vielmehr um ein äußerst kritikwürdiges sexistisches Verhalten in einer Beziehung, die von einer typischen Rollenverteilung geprägt war. Also ein Verhalten, das unter Männern leider recht üblich ist.

Der Täter setzte sich von Anbeginn über den Vorwurf mit Freunden und Freundinnen auseinander. Er versuchte, mit der Betroffenen selbst und über Dritte Kontakt aufzunehmen. Sie lehnte jeden Kontakt mit ihm verständlicherweise ab. Er informierte auch die Gruppe von dem Vorwurf.
Der Täter sieht sein Fehlverhalten ein und wurde dafür detailliert kritisiert. Als Konsequenz wurden ihm von uns verschiedene Bedingungen auferlegt: Die entscheidendste ist das Meiden der Bereiche der Betroffenen. Eine weitere, für uns unerläßliche Bedingung ist, daß er sich im Rahmen der Gruppe weiterhin mit dem Geschlechterwiderspruch auseinandersetzt.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß unser Vorgehen nicht unangreifbar ist, vor allem aufgrund der fehlenden Darstellung der Betroffenen selbst. Im großen und ganzen hat uns diese gründliche Auseinandersetzung jedoch einen großen Schritt vorangebracht: Durch die intensiven Diskussionen sind sowohl Frauen wie Männer in der Gruppe bewußter gegenüber dem alltäglichen Sexismus geworden.

Es wäre für uns erheblich leichter gewesen, den Genossen sofort nach dem Bekanntwerden des Vorwurfs aus unseren Augen zu schaffen, um den Eindruck einer weißen Weste zu wahren. Schwarzweißdenken ist gerade wegen seiner scheinbaren radikalen Konsequenz sehr verführerisch. Die Realität stellt sich jedoch oft differenzierter dar. Sexistisches Verhalten von unterschiedlicher Qualität fordert auch unterschiedliche Konsequenzen.
Für den Umgang mit Sexismus gibt es kein Patentrezept, kein Vorgehen ist perfekt und jedes Handeln ist deswegen auch immer angreifbar. Wir stehen auch in Zukunft zu unserem Umgang mit Sexismus, auch wenn wir dabei in Einzelfällen Kritik hinnehmen müssen.

Autonome Antifa (M)
9. November 1995

DOKUMENTATION

Zweite offene Erklärung der Autonomen Antifa (M) über den Umgang mit der Tat eines ehemaligen Mitglieds

Vor einem Monat haben wir die linke Öffentlichkeit mit einer offenen Erklärung über den derzeitigen Stand des Umgangs mit dem Vorwurf der Vergewaltigung gegen ein damaliges Mitglied der Autonomen Antifa (M) informiert.

1 Die Diskussion, die der Erklärung vorausging hat einige Zeit beansprucht und es lange vielen unmöglich gemacht, unsere Sichtweise kennenzulernen und unser Verhalten zu beurteilen. Die Veröffentlichung der Erklärung hat dann neben Ablehnung auch Zustimmung und sachliche Kritik hervorgerufen und so unsere Auseinandersetzung um einiges bereichert.

Unser Anspruch im Umgang mit Vorwürfen jeglichen sexistischen Verhaltens gegen Mitglieder unserer Gruppe ist, grundsätzlich der Darstellung der betroffenen Frau Glauben zu schenken. Wir halten dies für die einzig mögliche Konsequenz aus der Realität einer patriarchalen Gesellschaft. Diesem Anspruch sind wir im konkretem Vorwurf nicht gerecht geworden. Wir halten ein differenziertes Vorgehen nach wie vor für notwendig, doch **inzwischen sehen wir es als einen Fehler an, die Auseinandersetzung mit der Tat geführt zu haben, solange der Täter noch in der Gruppe war. In Zukunft wird unser erster Schritt sein, den Täter aus der Gruppe auszuschließen.** Dieser Schritt ist Ausdruck unserer inneren Überzeugung, den Täter als Täter zu betrachten und nicht als Opfer, was eine Umkehrung des grundlegenden Verhältnisses von Täter und Opfer wäre.

Eine eventuelle Wiederaufnahme ist abhängig von seiner Bereitschaft, den Forderungen der Betroffenen nachzukommen, von der Bewertung der Tat durch die Frauen der Autonomen Antifa (M) und von deutlichen Signalen der Weiterentwicklung des Täters an seiner Tat im besonderen und Sexismus im allgemeinen.

Diesen Schritt haben wir nun nachgeholt: **Wir haben den Täter aus unserer Gruppe ausgeschlossen.** Für unsere. abschließende Bewertung erhoffen wir uns weitere Klärung durch einen erneuten Austausch mit Unterstützerinnen der betroffenen Frau.

2 Im folgenden beschreiben wir unser bisheriges Vorgehen genauer, einschließlich der Resultate, besonders der Fehler und der Konsequenzen, die wir daraus gezogen haben.

Als der Vorwurf bekannt wurde, war unsere erste Reaktion, jede der Forderungen der betroffenen Frau zu unterstützen, um ihr so weit wie möglich entgegenzukommen. Inhalt ihrer Forderungen war, daß der Täter sich von ihr fernhält - egal wo sie sich befindet. Das beinhaltete für den Täter auch das Verlassen von Demos und allen anderen öffentlichen Veranstaltungen, sobald er von ihrer Anwesenheit erfuhr. Von unserer Seite aus beschlossen wir, daß der Täter solange nicht für die Gruppe öffentlich auftritt, bis eine Klärung erreicht ist. Außerdem erwarteten wir die schon erwähnten deutlichen Signale seiner Weiterentwicklung.

Zu keinem Zeitpunkt forderte die Frau einen Ausschluß des Täters aus unserer Gruppe. Deshalb sahen wir *damals* die Möglichkeit seiner Duldung für die Dauer der Klärung, um die Auseinandersetzung mit ihm zu erleichtern.

3 Unser nun folgendes Vorgehen orientierte sich an bestimmten Schritten für unseren Umgang mit Sexismus in der Gruppe, auf die wir uns Anfang 1994 geeinigt haben. **Eine grobe Richtschnur halten wir für sinnvoll, da sie die Beeinflussung einer Diskussion durch aktuelle Faktoren wie äußeren Druck, Gruppenstimmung oder sozialer Status des Täters vermindern hilft.**

Hintergrund ist unsere bewußte Entscheidung für eine gemischte Organisierung. Selbstverständlich ist unsere Gruppe nicht frei von Sexismus. Frauen wie Männer können ihre geschlechtsspezifische Sozialisation nicht von heute auf morgen ablegen, wobei Männer als alltägliche Nutznießer eine besondere Verantwortung für ihre persönliche Weiterentwicklung tragen. Folglich sind wir zwangsläufig - wie jede andere gemischte Gruppe auch - immer wieder verpflichtet, einen verantwortungsvollen Umgang mit Sexismus in der Gruppe zu finden.

Vor diesem Hintergrund erschien es uns sinnvoll, neben der Anerkennung der Forderungen der betroffenen Frau eine Definition für unseren *eigenen* Umgang zu entwickeln, die uns als Grundlage für unsere Bewertung dienen kann. Im Zuge des Diskussionsprozesses erarbeiteten die Frauen der Autonomen Antifa (M) die folgende Definition als Orientierung:

Vergewaltigung ist für uns der Zwang zu einer sexuellen Handlung gegen den verbal oder nonverbal ausgedrückten Willen einer Frau, die ihre körperliche Integrität verletzt. Das schließt sexuelle Handlungen in einer durch physischen oder psychischen Druck geschaffene Atmosphäre ein, ohne daß sie ihre Ablehnung gegen einen einzelnen Übergriff ausdrückt.

Vergewaltigung ist einer der krassesten Ausdrücke des Patriarchats und steht jeder revolutionären Perspektive unvereinbar gegenüber. Eine Zusammenarbeit mit einem Vergewaltiger ist für uns unter keinen Umständen vorstellbar. Auch ein anderes sexistisches Verhalten kann genügen, um eine weitere Zusammenarbeit mit dem Täter auszuschließen.

4 Wir begannen unsere interne Auseinandersetzung mit getrennten Diskussionen in einem Frauen- und einem Männerplenum. In beiden Gruppen erörterten wir die Tat und kamen zu einer vorläufigen Bewertung. Die Grundlage für die Diskussion im Frauenplenum *sollte* in erster Linie die Darstellung der betroffenen Frau sein, die auch über eine Dritte erfolgen konnte. Bei der Darstellung ging es uns nicht um Details, sondern um eine *grobe* Erläuterung der Tat. Das Männerplenum sollte die Darstellung der Betroffenen über das Frauenplenum erhalten, wobei die Integritätsgrenze der Frau auf keinen Fall überschritten werden darf. Darüberhinaus halten wir es für notwendig, daß der Täter vor beiden Plena Rede und Antwort steht.

Bei dieser Überlegung hatten wir nicht berücksichtigt, daß die betroffene Frau nicht bereit ist, eine grobe Erläuterung der Tat zu geben. Obwohl ihre Äußerung eine große Hilfe für uns gewesen wäre, respektieren wir ihre Entscheidung.

Da die Konsequenz des politischen und sozialen Ausschlusses die härteste Sanktion ist, die wir als Gruppe fällen können, halten wir eine *grobe* Erläuterung der Tat nach wie vor für unerläßlich. Konsequenzen, die für den Täter über den Gruppenbeschluß hinausgeh sind darüberhinaus vorstellbar.

Die grundsätzliche Entscheidung über d Verbleib eines Genossen in der Gruppe liegt den Frauen der Autonomen Antifa (M), da Fr en unmittelbar von einem Sexisten betrof sind. Die Frauen entschieden sich, unsere E wertung nur auf die Darstellung des Täters stützen, obwohl uns klar war, daß seine Sic weise bestenfalls seine eigene Wahrnehmu widerspiegeln kann. Dieser Informationssta rechtfertigte daher weder die Bezeichnung V gewaltigung noch einen Ausschluß aus d Gruppe. Auch damals war uns klar, daß die: Informationsstand völlig unzureichend war u ist. **Heute heißt das für uns, daß diese E wertung nur eine vorläufige gewesen s kann, und eine endgültige Bewertung u noch bevorsteht.**

5 Darüberhinaus hat unsere Erfahru gezeigt, daß eine versuchsweise D dung des Täters in unseren Reihen ei sachliche Diskussion in der Öffentlichkeit u möglich macht: Es sind Stimmen laut geword die nach einfachen Lösungen rufen und sog versuchen unsere öffentliche Meinungsäuß rung zu behindern, ohne die Gründe für uns Vorgehen zur Kenntnis zu nehmen. Wer sich r für den Verbleib des Täters interessiert und d Auseinandersetzung mit ihm, nur weil sie inn halb der Gruppe stattfindet, plakativ zum Tät schutz erklärt, spielt den Ausschluß gegen d Auseinandersetzung aus und begünstigt ein bequemen Umgang: Der sofortige Ausschluß nes Täters birgt die Gefahr, daß danach üb haupt keine Auseinandersetzung mehr stattf det, da sie sich nun scheinbar erledigt hat.

Auf einem völlig anderen Blatt steht d tatsächliche Erschwernis, die eine versuchsw se Duldung des Täters während der intern Klärung mit sich brachte: **Die ständige Präse des Täters und die gleichzeitige Anonymi der betroffenen Frau offenbarte die Schwi rigkeit, das grundlegende Verhältnis von T ter und Opfer und unsere inneren Überze gung - in erster Linie der Betroffenen Gla ben zu schenken - im Auge zu behalten.**

Der Vorteil der leichteren Auseinanders zung mit dem Täter während der vorläufig Duldung wird durch die beschriebenen Nacht le überwogen. Deswegen haben wir unser Vo gehen entscheidend verändert, indem wir d umgehenden Ausschluß des Täters zum erst Schritt erklärt haben.

Für den Umgang mit Sexismus gibt es kein P tentrezept. Unser Versuch ist Ergebnis aus ein gründlichen Auseinandersetzung und ist weite hin offen für Verbesserungen. Pauscha Schuldzuweisungen erschweren eine sachlich Diskussion erheblich und zeugen nach unser Erfahrung von wenig eigener Bereitschaft z Auseinandersetzung mit Sexismus.

Wir stehen nach wie vor zu jedem einzeln unserer Schritte und sind auch bereit, dafür K tik hinzunehmen. Praktisches Handeln ist n völlig fehlerfrei, aber doch Voraussetzung, u anhand von unerwünschten Folgen das Vorg hen weiter zu verbessern.

Autonome Antifa (M)
15. Dezember 1995

A I Z - V O R L A D U N G

FUER DIE AIZ IN DEN KNAST?

Frank A. aus Berlin ist als Zeuge im AIZ-Verfahren geladen. Weil er keine Aussagen machen will, wurde er kürzlich zu 400,- oder ersatzweise vier Tage Haft mit zwangsweiser Vorführung verurteilt. Der folgende Text ist eine persönliche Erklärung von ihm dazu. Viel Kraft und Durchhaltevermögen!

„unverfängliche fragen wurden beantwortet, alles was konkret die szene und politische zusammenhänge betraf, mit aussageverweigerung quittiert. nicht ganz so, wie anna und arthur nicht gehalten hätten, urteilt eine Prozeßbeobachterin, also für die aiz geht wirklich niemand wegen aussageverweigerung in den knast."

diese wenige sätze der „jungle world" v. 17.3.99 in einem prozeßbericht über d. aiz-verfahren vorm olg düsseldorf ist symptomatisch: d. message von „anna und arthur halten das maul" wird konterkariert und niemand merkt es.
in den 80er Jahren sind genossInnen aus dem antiimperialistischen Widerstand für anklagepunkte jahrelang in den Knast gegangen, obwohl sie praktisch-konkret nichts damit zu tun hatten; politisch jedoch erheblich.
Mit dem strobl-prozeß über ralf+knud-prozeß began d. konterkarierung d. aussageverweigerung: mit hilfe oder auch ohne räIn - selbst ein teil des strafprozesses - gelingt es seit dem vorgeladenen/vorgefühlten zeugInnen resp. angeklagtInnen in wahrer offenbarung entscheiden zu können, was baw, staatschutz +/o. gericht wichtig/unwichtig, belastend/unbelastend ist und was konkret d. szene/polit. zusammenhänge betrifft. vorher poliisch sich zu aussageverweigerung erklären + dann verkommt ein prozeßbunker zur gemeinsamen Schwatzbude.
„linke" bis bürgerl. journalistInnen + deren jeweiligen postillen unterstützen vehement diesen etikettenschwindel.
praktisch wird d. aussageverweigerung in den verfahren auf ein schmales fenster verengt, denn bereits vorher wird mit der berufung auf paragraphen wie 55+/o.68 eine individuell getroffene aussage gemacht: ich belaste mich selbst, da ich annehmen muß, sie ermitteln bereits gegen mich. es werden zusammenhänge hergestellt + und bestätigt. de facto fanden bereits vor Beginn einer vernehmung/befragung in einem vorauseilenden Gehorsam aussagen statt. das insistieren auf paragraphen der klassenjustiz bedeutet nicht den schutz der eigenen person bzw. der sozialen + polit. bezüge + und zusammenhänge, in denen ich lebe, arbeite + kämpfe.
die substanz der zusammenhänge sind lebendige menschen mit visionen, illusionen, gefühlen, hoffnungen ... über deren schicksal ich mithelfe zu entscheiden. aber deren schicksal ich mithelfe zu entscheiden. aber ich entscheide über deren schicksal mit hilfe der Henker + und menschenjäger aus bullen, staatschutz richter. ein schritt in richtung der klassenjustiz läßt interpretationen zu. spekulationen + konstruktionen, die immer andere gefährden.
unmittelbar nach tödlichen schüssen auf 2 bullen aus einer demo an der startbahn westt heraus, rannten die bullen wohnungstüren ein, um eine breite (militante) soziale bewegung zu zertreten. die drohung einer juristischen anklage wegen „mord" sollte den raum öffnen für eine ungeheure dimension, wo jede/r versucht seine eignen beine unterm arm zu nehmen. dieser erpressung von den bullen sollte dazu dienen, jegliche grundlage für solidarität + und gemeinsames kämpfen zu erledigen.
in dieser äußersten situation versuchten die frankfurter genossInnen mit der kampagne „anna + und arthur..." den tod einer sozialen bewegung gegen ein imperialistisches militärprojekt ... zu verhindern. seit dem habe ich „anna +artuhr" immer so

verstanden über widersprüchliche auffassungen zu bewaffneter politik + aktionen, militanz und überhaupt die politik diskutieren wir unter uns (oder nicht) aber nie in irgendeiner Form mit Vertretern des imp. staatsapparats. stehen deren agenten vor der tür, in der wohnung ...., dann kann ich nur (über-) leben als soziale/politische person, wenn eben nicht ich abwäge, was sie verwenden könnten.
die 129a anklage durch die baw vorm olg düsseldorf wegen aiz + aktionenen gegen m. steinau + und b. falk ist genau eine solche situation: es gibt keine diskussion unter uns über aiz, aktionen + personen, die was auf einen begriff bringt. alles halbherzig + unausgegoren, duckmäusertum durchzieht die geschichte. statt diskussion + recherche wird durch schweigen isoliert + selektiert, aber selbstverständlich mit den habitus niemand wills gewesen sein.

„DIE GESCHICHTE WIEDERHOLT SICH ZWEIMAL. ALS TRAGÖDIE UND ALS FARCE."SINNGEMÄSS KARL MARX

stichwortartig. vietnam, uruguay, angola, palästina, dekolonisationskämpfe, notstandsgesetze, bildungsreform - eine neue linke entsteht in den 60er jahren. mit ihr bewaffnete gruppen + militante kämpfe. frauenbewegung, häuserkampf, anti-akwbewegung, gegen die nato+ imp. kriege .... kämpfe, die eine subjektive und objektive Seite haben. dialektik.
fehler, schwächen, falsche antizipationen sind aufzuarbeiten. in (neuen) kämpfen praktisch zu klären.
seit 89 fall der mauer /wende strukturiert der imp. staatsapparat eine neue offensive polit., ökonomisch + militärisch im kampf gegen die politischen, militanten + bewaffneten widerständlerInnen in der brd. kinkelinitiative, kgt (koordination aller nachrichten - + geheimdienste, spitzeldienste, va's auf kirchl. terrain, faschistische progrome auf der str., massenmorde über hoyerswerdea, solingen bis lübeck, die ermordung der genossen wolfgang grams 93 in bad kleinen + und andrea wolf in kurdistan 98, die vernichtungshaft an den polit. gef. aus der raf in den knästen, massenverhaftungen +- deportationen, kriegseinsätze der bundeswehr weltweit als peace-keeping deklariert...
die zeit von 89 bis heute zeichnet sich durch die auflösung der bewaffneten gruppen resp. deren umwandlung in polit. / parlamentarischen bewegungen aus. militante zusammenhänge sind längst verfalllen. + politisch?
kinkel, ehemaliger bnd-chef +aussenminister, drückte für die 90er jahre folgendes aus: es geht darum auf jahre bewaffnete politik, antifaschismus, antirassismus ...+ sozailismus zu <u>delegitimieren</u>
Seit ca 1 jahr moderiert ein zynisch-aggressiver staatsschutzknecht mit der baw an der seite am olg düsseldorf (sondergericht) gegen 2 Personen nach 129a wegen mitgliedschaft + aktionen einer sogen. „antiimperialistischen Zelle" kurz aiz.
mit der erklärung der raf im April 92 aktionen gegen führende repräsentanten aus staat, wirtschaft + politik zurückzunehmen geistern zusammenhangslose zitate + blattsammlungen alter raf-texte + briefe von raf-genossInnen durch die szene-blätter bis sich dann eine „antiimperilaistische zelle" konstituiert haben will. aiz, die sich nur als eine karikatur der raf bezeichnen läßt. aiz eine farce - fragezeichen. aiz eine delegitimierung von bewaffneter/militanter politik + deren aktionen bis hin zur sprachlichen vermittlung von revolutionärer politik ??? eine aiz, die lt. bka, bmi .... anfangs nachfolgeorganisationen der raf sein sollte mit bis zu 80 mitgliedern, + sich seit der festnahme von zwei personen überhaupt nicht mehr äußert. aiz eine farce? aiz ein staatschutzprojekt bis zum olg-prozeß, das genau die kinkel aussagen verfolgt?
real ist defintiv die ladung als zeuge zum prozeß mit der aufforderung aussagen zu machen.aussageverweigerung heißt eben keine aussage, kein 55, kein 68, kein freiwilliges erscheinen im Prozeßbunker trotz angedrohter repressalien. alles andere ist unter uns außerhalb von staatsschutz, baw, vs ...+ deren knechten zu klären.
solidarität.

frank a., Berlin, märz 1999

Aufruf:

Gegen die Agenda 21!

Für eine unabhängige politische Bewegung!

Die Agenda 21 ist ein Dokument der Herrschenden, verabschiedet von den RegierungschefInnen der Welt in Rio 1992.

- Die Agenda fordert den Ausbau der Atomtechnik in allen Ländern der Welt, eine Weiterentwicklung der Gentechnik sowie eine Stärkung der Privatunternehmen, vor allem multinationaler Konzerne, bis hin zur Gleichberechtigung mit den politischen Gremien.
- Die Agenda stärkt die Rechte der Wirtschaft, während sie für die BürgerInnen im allgemeinen oder besondere Gruppen (Jugendliche, Frauen, ArbeitnehmerInnen) nur unverbindliche Formulierungen aufweist (Dialog, Konsultationsprozeß ...).
- Die Agendadebatte verschleiert die aktuelle Politik. Während an Agendatischen unverbindlich geredet wird, schaffen die Mächtigen Fakten: Deregulierung, d.h. Beschneidung der Beteiligungsrechte und wichtiger Umweltschutzstandards, Verfahrensbeschleunigungen, neues Atomgesetz, internationales Abkommen zum Schutz der Großkonzerne (MAI).
- Die Agenda ist Werk und Werkzeug der Mächtigen auf Bundes– und Landesebene. Wer den Namen populär macht, nützt denen, die mit der Expo 2000, dem MAI, Müllverbrennungsanlagen usw. ganz andere Akzente setzen.
- Die Agenda verschlingt Gelder, Personal und Zeit ohne sichtbare Ergebnisse für den Umweltschutz oder eine gerechte Welt. Die runden Tische der Agenda werden inzwischen in der Öffentlichkeit, bei der Mittelvergabe und Informationsweitergabe gegenüber unabhängigen Arbeitsformen bevorzugt.
- Die Agenda grenzt aus. Sie bezieht neben Firmen und staatlichen Stellen in der Regel nur bestimmte Organisationen ein, während unabhängige Aktionsgruppen und Initiativen ausgegrenzt werden. Die Agenda spaltet.
- Die Agenda schafft einen Zwang zum Konsens mit denen, die verantwortlich sind für die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung vieler Menschen. Konsenszwang dort, wo gegenteilige Interesse vorliegen, schafft Handlungsunfähigkeit. Die Agenda ist daher strukturell ungeeignet, wirksame Arbeitsbedingungen zu entwickeln.
- Der von der Agenda formulierte Begriff der Nachhaltigkeit klammert die Fragen der Herrschaftsstrukturen, Unterdrückung, Gleichberechtigung und der wirtschaftlichen Monopolbidlung aus und reduziert wirtschaftliche Forderungen auf die Produktionsmethoden und den Ressourcenverbrauch (Effizienzrevolution). Die Folge wäre eine optimierte Produktion vor allem bei den Großkonzerne ohne sonstige gesellschaftliche Verbesserungen.
- Die Agenda ist Etikettenschwindel: Die meisten der als Agendaprojekte gefeierten Projekte sind ohne konkrete Wirkung oder waren auch ohne Agenda schon in Planung, d.h. haben nur nachträglich den Stempen "Agenda" erhalten".

Um dem Kampf für den Schutz der Umwelt und für eine gerechte Welt wieder Nachdruck zu verleihen, ist wichtig, daß gesellschaftliche Bewegungen wieder aktionsfähig und durchsetzungsstark werden.

- Die notwendige Kooperation zwischen sozialpolitischen, internationalistischen und Umweltgruppen muß selbstbestimmt erfolgen. Sie muß gestärkt werden und darf nicht von staatlichen Stellen abhängig sein.
- Die politischen Gruppen müssen klare politische Positionen entwickeln und gegenüber den Mächtigen einbringen. Dazu ist eine bessere Zusammenarbeit der Gruppen nötig, die für gesamtgesellschaftliche Änderungen im Sinne einer herrschaftsfreien und ökologischen Welt eintreten.
- Klare Positionen und Forderungen müssen immerwährende Kompromißbereitschaft ersetzen.
- Politische Gruppen müssen den Ausbau echter Beteiligungsrechte (direkte Demokratie, Akteneinsicht, Dezentralisierung politischer Entscheidungen) fordern und sich selbst zu InitiatorInnen solcher Prozesse machen, vor allem da, wo sie selbst privilegiert beteiligt werden (z.B. als anerkannter Naturschutzverband, als NGO, in Gremien usw.).
- Der Monopolisierung und Globalisierung muß die Forderung nach einer Ökonomie von unten entgegengesetzt werden. Politisch bedeutet das die Abschaffung jeglicher Förderung überregionaler Konzernstrukturen sowie die Bevorzugung selbstverwalteter Betriebe. Politische Gruppen sollten Kollektive als PartnerInnen bevorzugen.
- Lobbyarbeit und Dialog (runde Tische usw.) ist nur sinnvoll, wenn in den Verhandlungen ein Druckpotential besteht. Dieses kann nur in öffentlicher Aktionsfähigkeit bestehen (Boykott, direkte Aktion, Widerstand, Öffentlichkeitsarbeit). Sie wiederzuerlangen, muß primäres Ziel aller politischen Gruppen sein, denn von ihr hängt alles ab.

Kein Fuß breit den BefürworterInnen der Atom– und Gentechnik, von Herrschaft und Ausbeutung! Stoppt die Agenda und andere Machtinstrumente!

Hinweise

Dieser Text soll die Diskussion um die Agenda 21 und darum, daß sich immer mehr Umwelt-, Eine-Welt, Frauen- und soziale Gruppen einfangen lassen für ein zweifelhaftes Beschäftigungsprojekt, neu beleben und helfen, Alternativen zu entwerfen.

UnterstützerInnen des Anti-Agenda-Aufrufs:

- ASTA der Gesamthochschule Kassel
- Ökoscouts, Braunschweig
- BI Lüchow-Dannenberg
- Institut für Ökologie, Marburg
- Jugend-Umwelt-Projektwerkstatt, Bad Oldesloe
- BürgerInnen gegen Castor e.V.
- Anarchistische Gruppe c/o ALICE, Hamburg
- Gruppe Landfriedensbruch
- Lüneburger Bündnis gegen Gen
- Widerstand weltweit (WiWa) Wendland
- Anti-Expo-AG und Büro für mentale Randale, Recklinghausen
- BUNDjugend Lüneburg

Literatur

Agenda 21 - Ein Spiel mit gezinkten Karten?
Ö-Punkte-Schwerpunkt Frühjahr 1998
5 DM

Reader "Agenda 21"
Sammlung von Texten für und gegen Agenda, Hintergründe und mehr.
A4-Mappe, 12 DM

Agenda, Expo, Sponsoring (2 Bände + CD)
Band 1: Recherchen im Naturschutzfilz (Fakten zum Filz zwischen Umweltgruppen, Staat und Wirtschaft)
400 S., IKO-Verlag, 39,80 DM

Band 2: Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz
250 S., IKO-Verlag, 36 DM

Agenda, Expo, Sponsoring

CD mit ca. 1500 Dokumente zum Filz im Umweltschutz. PDF- und TIFF-Format.
Für Apple, Windows, Linux, OS/2. 49,80 DM.

Agenda, Expo, Sponsoring

Bestelladresse:
MaterialAuswahl Umweltschutz (MAUS)
Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld

DAS IST DOCH DER GIPFEL...

Zur Kritik am bundesweiten linksradikalen Treffen gegen den WWG/EU-Gipfel" von "2 Vertretern von Ghostbuster (München)" in Interim 471

Mein Eindruck von dem Treffen war ein zu 100% anderer! Es war das 6. (!) Vorbereitungstreffen und zeitweise bis zu 70 Menschen aus über 40 Städten/Gruppen mussten in zwei Tagen einen Aufruf diskutieren und verabschieden und eine Demo und einen Kongreß inhaltlich und organisatorisch vorbereiten. Die OrganisatorInnen dieses Treffens (aus AStA Uni Köln und ökologische Linke) und die einzige (!) Person, die bereit war, die Diskussionsleitung zu übernehmen (von Perspektive/Bremen) haben mit viel Mühe und Einsatz ermöglicht, diesen schwierigen Diskussionsprozeß zu Ergebnissen zu bringen, trotz teilweise sehr unkonstruktiven Verhaltens einiger Teilnehmer (das sich m.E. mit dem Artikel in Interim fortsetzt).

Im Einzelnen:

Beim 5. Vorbereitungstreffen im Dezember 98 war noch davon ausgegangen worden, der EU-Gipfel würde am ersten Juni-Wochenende (also 5./6.6.) statfinden: dagegen sollte an denselben Tagen eine (große, gemeinsame) Demo und der ("linksradikale") Gegenkongreß laufen. Nun wurde der EU-Gipfel auf den 3./4.6. vorverlegt - eine neue Situation. Das Bündnis "Köln 99" (von "Euromarsch" bis Jusos) hatte daraufhin "ihre" Demo (in Absprache mit vielen Menschen/Gruppen von außerhalb Deutschlands) auf den 29.5. gelegt und ihren "Alternativgipfel" auf die Tage zwischen dieser Demo und dem EU-Gipfel. Klar war den "linksradikalen" Gruppen (und dagegen sagen die Münchener ja auch garnichts), daß "unsere" Demo nur Sinn macht zum Zeitpunkt des Gipfels selbst, also am 3.6. (zwar Donnerstag, aber z.B. in NRW Feiertag). Blieb also die letzte Entscheidung: unseren "Gegenkongreß" vorher (also am 30.5./1.6./2.6.) oder danach (also 4./5.6. - ggf. Beginn am 3.6. abends, ggf. Abschluß am So., 6.6.). Für vorher sprach: Leute aus Europa, die zur Demo am 29.5. anreisen, sind dann eher anwesend, als danach; dagegen: ob diese Leute dann aber zu unserem "Gegenkongreß" kommen oder nicht eher zum "Alternativgipfel" von "Köln 99", ist damit noch lange nicht gesagt - bei späterem Kongreß hat jede/r die Möglichkeit, beides zu besuchen. Gegen den späteren Kongreßtermin wurde noch vorgebracht, es handele sich um Werktage - das gilt aber auch für den den frühen Termin! Weiter wurde gegen den späten Termin vorgebracht, er finde (zumindest zum Teil) an Tagen statt, an denen sich die EU-Chefs treffen und da sollte mensch doch auf der Straße sein - wie ich finde auch kein Argument, erstens ist der Gipfel flexibel genug geplant, um ggf. auch am 4.6. noch an Aktionen in der Stadt teilnehmen zu können (er findet eben nicht, wie die Münchener falsch verstanden haben, am "3.6./4.6." statt, sondern - vor allem - am 4. und 5.6., s.o.!), zudem wären die gemieteten Räume und bekanntgegebenen Termine im "Fall des Falles" ein durchaus brauchbarer Anlaufpunkt für Informationen, Koordinierung und Planung und schließlich war ja ganz ursprünglich auch Demo und Kongreß am selben Wochenende und parallel zum EU-Gipfel geplant (s.o.) - wieso soll das jetzt plötzlich nicht mehr möglich sein? Zuletzt wurde behauptet, mit dem späteren Termin würde eine ("sektiererische") zu harte Abgrenzung von "Köln 99" vorgenommen. Dagegen richtete sich der (von den Münchenern ebenfalls - schon was die reine Terminfrage betrifft - nicht richtig mitbekommene) "Kompromißvorschlag" auf dem linksradikalen Treffen: Es soll an das Bündnis "Köln 99" herangetreten werden, um mit diesem zusammen am 2.6. (nach dem Ende ihres Alternativgipfels und am Vorabend "unserer" Demo) eine "Scharnier-Veranstaltung" stattfinden zu lassen, ausgerichtet von beiden Bündnissen (und nicht etwa "unsere" Teilnahme an der AA/BO-Veranstaltung - die übrigens, auch hier haben die Münchener nicht aufgepasst, nicht am 29.5., sondern am 30.5. stattfinden soll; so zumindest die Infos beim Treffen).

Es gibt also keinerlei zwingende oder auch nur überzeugende Argumente, warum der "späte" Kongreß-Termin schlecht oder falsch

sein sollte! Nun ging tatsächlich das erste "Meinungsbild" auf dem Treffen unentschieden aus. Daraufhin erklärten die Menschen/Gruppen, die schon an mehreren vorangegangenen Treffen (es war, wie gesagt, das 6.) teilgenommen hatten und dort verschiedenste Aufgaben übernommen und teilweise bereits erledigt hatten (z.B. Erkundigungen nach Raum-Möglichkeiten, wie die Kölner OrganisatorInnen, oder konkrete Vorbereitungen für einzelne Foren des Kongresses - z.B. Papiere, Treffen, [internat.] Einladungen - wie z.B. Perspektive und die Rote Hilfe), daß sie sich den "frühen" Termin nicht vorstellen können und einiges Geplante und Vorbereitete nur zu dem "späten" Termin stattfinden könne. Einige derjenigen, die bisher noch nichts zur Vorbereitung beigetragen hatten (und sich auch auf diesem Treffen nicht zur Übernahme von Verantwortung, z.B. für die Vorbereitung eines Forums, bereiterklären wollten, sondern "nur" zur Teilnahme an von anderen vorbereiteten Foren) und zum Teil zum ersten Mal auf diesen Bündnis-Treffen waren, fingen nun an, von "Erpressung" zu reden (bzw. schreiben Artikel, wie den in Interim) - das nenne ich "unkonstruktiv"! Zum Glück nur einige, so daß schließlich doch mit weit überwiegender Mehrheit der (wie ich meine einzig vernünftige) Termin für den Kongreß: 3.6. (abends) bis 5. oder 6.6. festgelegt werden konnte.
Am Rande: Die Diskussionsleitung hat sicherlich Fehler gemacht (z.B. Menschen, die optisch gut plaziert ihr gegnüber saßen, eher und öfter wahrgenommen, als den Genossen aus München, der am selben Tisch, ein Stück entfernt, aber neben dem Diskussionsleiter saß), aber ich möchte die Person sehen, die 2 tage alng eine hektische Diskussion in einem Raum voller fremder Menschen leitet und der das nicht passiert! Eine politische Beeinflussung war dabei nie zu erkennen und daß der Diskussionsleiter sich selbst mal auf die Redeliste setzt, ist auch nicht zu beanstanden! Daß solche Kritik ausgerechnet von Leuten kommt, die selbst zur Übernahme von Aufgaben (Diskussionsleitung, Protokoll...) nicht bereit sind, die zu spät kommen und sooft den raum verließen oder "Privatgespräche" führten, daß sie zentrale Teile der von ihnen selbst kritisierten Beschlüsse nicht oder falsch mitbekommen haben (s.o.), die bsiher nichts zur Vorbereitung des Kongresses beigetragen haben (auch auf der "Kongreß-AG" am 21.3. nicht anwesend waren - auf der Rückfahrt von dieser AG schreibe ich diesen Brief) - das kotzt mich an! Und daß dieselben dann mit einem hingerotzten Papier, das aber nun leider öffentlich und in der Welt ist, wiederum diejenigen, die in der konkreten Vorbereitungsarbeit stecken, zwingen, dazu Stellung zu nehmen, um diesen unmöglichen Eindruck wieder zurechtzurücken, das hat nur ein Gutes: Es gibt Gelegenheit, in der Interim auf die Termine der Anti-EU/WWG-Aktivitäten hinzuweisen:

- Samstag, 29.5.99: (große, internationale) Demo (Veranstalter: "Köln 99" u.a.)

- Mittwoch, 2.6.99: gemeinsame Veranstaltung von "Köln 99" und "Linksradikalem Bündnis" (noch unsicher)

- Donnerstag, 3.6.99: Demo gegen den EU-Gipfel (Veranstalter: "Linksradikales Bündnis" u.a.)

- 3.6. bis 5. oder 6.6.99: Gegenkongreß des "Linksradikalen Bündnis"

KOMMT ALLE!

ivan (Hamburg)

Ermittlungssausschuß

Mehringhof Gneisenaustr. 2a
(Aufgang III, 1.OG)
10961 Berlin
Tel: 692 2222,

Berlin, den 24.03.1999

Zeugen-Aufruf

Liebe Leute,

wir suchen ZeugInnen für einen etwas älteren Übergriff und wären wie immer sehr dankbar, wenn Ihr folgenden Aufruf zwei-drei mal in Eurer Zeitung veröffentlicht:

Zeugen gesucht:
Übergriff von Polizisten in der Nacht vom 01. zum 02.05.1998, gegen 0.00 Uhr, auf der Schönhauser/Wörtherstraße, auf eine junge Frau (lange braune Haare, schwarze Jacke, lila stone-washed Jeans, schwarze Stiefel); die mit ihrem Herren-Rad nach Hause wollte. Es waren viele Menschen da. Wer kann sich erinnern? Bitte **dringend** beim Berliner Ermittlungsausschuß (030/692 2222) melden, da Prozeßtermin ansteht.

Vielen Dank im voraus.

Die EA'lerInnen

~~internet cyberpunx presenting their boring internet magazine:~~

squat-net
is an international squatters magazine in the internet. We provide you news from the squatter scene. We inform you on the latest demonstrations, squats, car sites and other free spaces. In addition we have an archive with many fundamental texts (How to squat a building, etc.), a search engine, several hand-graded links to other squatters in the internet and much much more.
We do not want to inform only the lowest 10.000, which are already informed.
Using the internet in a professional way, we hope to reach much more (and not only leftwing) people. - The bored richkid, the employee - all people who realize that something is wrong around.
Originated out of the Haeusermob im Internet, which was an amalgamation of the last squatted buildings in Berlin, most of our stuff is currently in german - but we try to switch to an international magazine. So we need your help!
Join us - Mail us - Have a look!

squat.net

ist ein Besetzermagazin im Internet - Hier findet Ihr neben den neuesten Neuigkeiten der Haus- und Wagenszene auch weitere Infos über die letzten Freiräume (& Abenteuer) des ausgehenden Jahrtausends. Neben News gibt es bei uns auch Berichte von Demos und Prozessen, ein Archiv mit den Klassikern der Squatterszene (Wie besetze ich ein Haus, etc.), eine kleine Suchmaschine und natürlich unsere handverlesenen Links zu anderen Besetzern im Internet, sowie noch einige weitere Leckereien, die Ihr euch aber selbst angucken sollt.
Wir wollen nicht, wie sonst szeneüblich, nur die "unteren 10.000" informieren, die schon lange Bescheid wissen - Unsere Zielgruppe sind auch die Richkids, die gelangweilten Angestellten - alle die wissen, daß da draussen, was nicht stimmt.
Entstanden aus dem HäuserMob im Internet, dem Zusammenschluss der letzten besetzten Häuser in Berlin, haben wir natürlich ne ganze Menge deutsche Seiten. Um über den Tellerrand rauszugucken, brauchen wir nun aktive Hausbesetzer- und Computerenthusiasten, die übersetzen und mit uns machen, daß alles gut wird!

Meldet euch - macht mit! Guckt's euch an!

squat [skwɒt]
I *adj* (+er) gedrungen, kompakt; *chair* niedrig; *figure, person* gedrungen
II *vi* 1. (*person, animal*) hocken
2. (*also* ~ **down**) sich (hin)hocken
3. (*on land*) sich (illegal) ansiedeln
to ~ (in a house) ein Haus besetzt haben
III *n* (*inf place*) Unterschlupf *m* (*für Hausbesetzer*)

→http://squat.net←

PROJECTS WE DO

akkraak is an autonomous, self-organised videogroup, resident in berlin. We developed from the last squatterscene in summer 1990. Every half a year we are producing a videomagazine which is shown at about 150 places (squats, illegal/ legal bars, video- and other cinemas...). Our topics are wide ranged and international, e.g. squats, caravan places, imigrants, gentrification or political/ cultural activities from different radical and/ or leftwing groups. Most of the time we are part of the topics we show - therefore we have a subjective point of view. However, we try to link the different groups and activists. We want to document for the one who "hasn't been there" and who will join us. We want to give space for reflection, to agitate and motivate the people - that means YOU! Stay rebel!

→ **http://akkraak.squat.net**

reclaim the streets BERLIN - we are a bunch of people, who are fed up with traditional left, autonomous politics and organisation. We are on to find out new ways of resistance, subculture and social interaction. We are basically about taking back public space from the enclosed private arena.
It's about reclaiming the streets as public inclusive space from the private exclusive use of the car. But we believe in this as a broader principle, taking back those things which have been enclosed within capitalist circulation and returning them to collective use as a commons.
We organize street parties reclaiming the streets for our aims.

→ **http://rts.squat.net**

Streßfaktor is an appointment calender of the other side of Berlin, which is not propperly clean and aseptic, but power- and fancifull. Trying to promote our concerts, demonstrations and our life. In addition we offer a public kitchen (VoKü) timetable for Berlin.
The print issue comes out monthly with a circulation of 2000 issues and is available at about 60 discos, squats, cafés etc. for free.
Deadline for each issue is the 25th of the foremonth - either by snailmail or directly into the postbox in Infoladen Daneben, Berlin/ Friedrichshain. Articles and dates can also be submitted via EMail.
Honory locations are published for about DM 10,- a month - all others cost DM 40,-. Political stuff and irregular dates are for free.

→ **http://stressfaktor.squat.net**

The **tuntenhaus** was a squatted building in the Mainzerstraße in Berlin.
After being evicted in Nov. '90 by the socialdemocratic party (wer hat uns verraten?-Sozialdemokraten!) a lot of us moved to a formally squatted house in Berlin/ Prenzlauer Berg. Long time the situation was labelled by a great flux of occupiers of the house. At the moment 14 Gay/Bisexuals/Queers are living together, devided into three livinggroups. The rooms are widely spreaded, so communication exists between the whole house. Contrary to the public opinion the house is not a great unity - We are laughing, fighting, quarreling 7 days a week. Supported by 8 computers in the house, we now try to inform you what's going on in tuntenhaus.

→ **http://tuntenhaus.squat.net**

radicalrave exists since summer '96. Our basic idea was to overcome the division between political engagement and having a party and to use the problematic relationship between leftwing-scene and the rave-culture getting to something productive. It wasnt just the idea to carry leftwing politics to the techno scene - the idea was to bring back some spirit to the leftwing scene. We tried to realize an unproductive party-politics relationship, more oriented at the idea of an happening than on indoctrination - accepting and using the atmosphere (which is perhaps the most important thing) of the rave-culture. We are organising parties several times a year in often squatted places in and around Berlin.

→ **http://radicalrave.squat.net**

We care on **SSL & Cryptographix** - Using the internet as an world wide communication and exchange medium, many dangers and problems exists - Scanning Email and other internet communication is much more easy, than controlling telephone connections or even letters. We all have to care on our security and have to fight for the idea on free speech and anonymous access to the internet. squat.net tries support several projects in cryptographic and security belongings. Using PGP should be common and used everytime. To vail any internet transfer we now support the SSL access to our server. E.g. the results of our searchengine are no more viewable by anyone else, but the person who did the search. Fight Echelon!!

→ **https://squat.net**

B.O.N.E. meint zum Existenzgeld:

„Hurra wir verblöden, für uns bezahlt der Staat!!" (sächt Werner)

„Panem et circenses"- Brot und Spiele: über das antike Rom und dessen Befriedung der armen römischen Bürger geht das Existenzgeld nicht hinaus:
Füße hoch und fernsehen!

1. Der Staat



Der Staat, ein bei den Befürwortern des E(xistenz)-Geldes fast nicht reflektiertes Gebilde, verbleibt als „contract social", als scheinbar gerechtes, übergeordnete Interessen austarierendes höheres Wesen bestehen.
Anstatt die Fähigkeit zur Selbstorganisation hervorzuheben, sprechen sie dem Staatsgebilde einen Stellenwert zu, der olle Lenin gefallen hätte. Das menschliche Emanzipationspotential bleibt verschüttet und wird nachhaltig geleugnet.
Der Mensch bleibt nur Anhängsel der Maschinerie. Eine Position, die ihm zutiefst vertraut scheint, da er seit Kindertagen autoritär zugerichtet wird. Mangels ausreichender Reflexion oder intendiert, reproduzieren die E-Geld-Theoretiker bürgerlichstes Gedankengut. Sollte ein solcher „New Deal" in dem bestehenden System durchsetztbar sein (mit Joschka und Gysi???) stärkt es nur das Bestehende. Die Folgefragen können sie in keiner Weise beantworten, z.B. was passiert um unsere Wohlfahrtsinsel herum, etc..

2. Die Arbeit

Grundlage jeder Aus- und Umformung der sozialen Welt ist die schöpferische Kreativität (Arbeit!). Die marx'sche Idee der Kritik der politischen Ökonomie hat zur Konsequenz, daß die Produzenten ihre Macht der Gestaltung der Welt erkennen und diese übernehmen können. Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums ist Arbeit in Auseinandersetzung mit Natur. Geld ist nur sein äußerlicher Ausdruck. Befreiung ist nur vorstellbar mit einen selbstbewußten und bewußt tätigen Wesen. Arbeit ist ein im Menschen angelegtes Bedürfnis und berechtigter Anspruch. Die Teilhabe an der Gestaltung von Welt ist ein Menschenrecht! Aufgrund seiner Profitorientierung ist das Kapital nicht Willens und in der Lage dies einzulösen. Die hiermit verbundene Legitimationskrise des Systems wird nicht als Chance zu dessen Überwindung oder überhaupt gesehen. Was eine Krise des Systems ist, die Produktion von über fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland, wird von den Autoren des E-Geldes als Errungenschaft dargestellt, als „Ende der Lohnarbeit", anstatt als Revolutionäre für eine sinnvolle Arbeitsmöglichkeit für alle zu streiten in einer befreiten Gesellschaft.

Die Forderung nach E-geld bestätigt eher das, was dem unteren Drittel der Gesellschaft eh schon dämmert: „Wir sind eigentlich überflüssig". `Glücklich´, wer nur mit Vereinzelung zahlt, wo der Wert des Menschen von seiner Ausbeutbarkeit abhängt. Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt bedeutet in Abstufung Verlust von Selbstwertgefühl - mensch erlebt sich als Kostenfaktor, ohne den es anderen besser gehen würde.

3. Die Bedürfnisse

Dem Stand der Produktivkräfte wohnen utopische Möglichkeiten inne. Nach der revolutionären Überwindung des Kapitalismus kann die rationale Nutzbarmachung dieser Kräfte auch im weltweiten Ausmaß in durchaus absehbarer Zukunft Armut und Knappheit beenden. Jedoch auf der gegenwärtigen Stufe lautet die Frage nicht mehr nur, wie kann das Individuum seine Bedürfnisse befriedigen, ohne andere zu verletzen, sondern vielmehr, wie kann es seine Bedürfnisse zufriedenstellen, ohne sich selbst zu verletzen. Die Schwierigkeit besteht darin, nicht durch seine Wünsche und Befriedigungen seine Abhängigkeit von einem ausbeuterischen System zu reproduzieren, das, indem es Bedürfnisse befriedigt, die innere Unterdrückung fortführt (vgl. Herbert Marcuse). Der Charakter von Vorstellungen und Wünschen im Kapitalismus ist eben von diesem selbst überdeutlich dominiert. Die Überwindung des Bestehenden muß also auch Ausdruck finden in einem Prozeß der qualitativen Veränderungen der Bedürfnisse. Die vorgestellte Losung „Her mit dem schönen Leben" blendet Struktur und Genese der Bedürfnisse aber völlig aus und verlangt nur nach Existenzgeld zur sofortigen Konsumbefriedigung. Bei allem guten Willen wird hier nur verfestigt, was aufgehoben werden soll und muß...
... meinen jedenfalls die „Evangelisten" von

B.O.N.E. ist basisdemokratisch, organisiert, neurotisiert und sich emanzipierend und trifft sich jeden Dienstag um 20 Uhr im Nachladen, Waldemarstr. 36, 10999 Berlin
Fon/Fax 030 - 614 03 948
e-mail: maulwurf@zedat.fu-berlin.de

visdp: Juliane Weber, Nailer Weg 36, 14089 Berlin

«Die Revolution flennt nicht um eine Legalität, die sie nicht haben kann»[1]

Anmerkungen zum Verhältnis von Liberalismus, Imperialismus und Kritik



«*Rerum cognoscere causas* - Den Grund der Dinge erkennen». Dies ist das Motto des Tagesspiegel.
Auch wir müssen genauer *und radikaler* werden, wenn wir Grund und Inhalt der Berichterstattung des Tagesspiegel erkennen wollen. Nur eine *genaue* Kritik kann verhindern, daß wir den herrschenden Ideologien in die Falle gehen:
Daß der Tagesspiegel das staatliche Gewaltmonopol verteidigt, ist *kein Verrat*, sondern eine *Verteidigung* des Liberalismus. Ein Staat - und sei er noch so liberal -, der sein Gewaltmonopol aufgibt, würde sich selbst aufgeben. Deshalb kann Widerstand - der sich nicht auf Protest beschränkt -[2] *nicht* legal sein; und er *muß deshalb auch von der liberalen* Presse angegriffen werden.

Hat der Tagesspiegel den Liberalismus verraten?

«Die ganze Theorie dieser Schule [der humanitären Schule, d. Verf.In] besteht in endlosen Unterscheidungen zwischen Theorie und Praxis, zwischen den Prinzipien und den Resultaten, zwischen der Idee und der Anwendung, zwischen dem Inhalt und der Form, zwischen dem Wesen und der Wirklichkeit, zwischen dem Recht und der Tatsache, zwischen der guten und der schlechten Seite. [...]. Die Philanthropen wollen also die Kategorien erhalten, welche der Ausdruck der bürgerlichen Verhältnisse sind, ohne den Widerspruch, der ihr Wesen ausmacht und der von ihnen unzertrennlich ist. Sie bilden sich ein, ernsthaft die bürgerliche Praxis zu bekämpfen, und sie sind mehr Bourgeois als die anderen.»

Karl Marx, *Das Elend der Philosophie*, in: MEW 4, 142, 143

In dem Aufruf zur Kundgebung «Gegen rassistische Hetze in den Medien» am 18.3. vor dem Tagesspiegel hieß es: «Der 'Tagesspiegel' nimmt für sich in Anspruch eine liberale Zeitung zu sein, doch wie sich am Kommentar vom 18.02. nachweisen läßt, unterscheidet er sich inhaltlich nur wenig von den Hetzblättern der Boulevardpresse.»
Damit wird *nahegelegt*, der Tagesspiegel habe seinen bürgerlich-liberalen Anspruch verraten und sei ins konservativ-reaktionäre Lager abgerutscht; ja greife - wie weiter unten fälschlicherweise (s. dazu FN 13) behauptet wird - «offen [...] auf einen nazistischen Sprachgebrauch zurück».
Wird jene 'Nahelegung' akzeptiert, so *sagt dies weniger über den Tagesspiegel aus, als über die Illusionen*, die diejenigen, die diese Nahelegung aufgreifen, *in den Liberalismus* setzen.
Der Tagesspiegel ist in seiner Berichterstattung über die kurdischen Proteste gegen die Entführung des PKK-Vorsitzenden seiner Aufgabe als *liberaler Verteidiger* der herrschenden Ordnung in hervorragender Weise gerecht geworden. *Wo andere mit dem Schwert zuschlagen, sticht der Tagesspiegel mit dem Florett.*
Es ist nicht notwendig (und nicht revolutionär), dem Tagesspiegel reaktionäre Positionen zu *unterstellen*, die er nicht vertreten hat, um ihn zu kritisieren. Denn RevolutionärInnen können (anders als Liberale) den Tagesspiegel für die Positionen kritisieren, die er *tatsächlich* vertreten hat. Denn RevolutionärInnen wünschen sich nicht einen «fein säuberlichen, geschniegelten, gemäßigten und akkuraten» Metropolen-Imperialismus, sondern sie kämpfen gegen *jeden* Imperialismus, *auch den liberalen*.[3]

Liberalismus heißt nicht Verzicht auf Repression

Der Tagesspiegel muß *keine* Bürgerkriegsszenarien entwerfen, um den Einsatz der Staatsgewalt zu rechtfertigen. Er *zitiert* die Bürgerkriegsszenarien von Fernsehen und Boulevardpresse, aber er macht sie sich (anders als es im Aufruf heißt) *nicht* zu eigen.[4] Vielmehr setzt der Tagesspiegel nach dem im Aufruf angeführten Zitat wie folgt fort: «Man mag sich in ein paar Tagen trotz der Dramatik und der Toten besinnen, daß es noch vieles anderes gibt, *das uns von einem Bürgerkriegsland unterscheidet*.»[5] Und *trotzdem* fordert der Tagesspiegel: «wie zuvor wird es nicht weitergehen.»
Das heißt: Der Tagesspiegel analysiert die Lage *genauer* als viele andere Medien, und gerade deshalb kann er nach *effektiveren* (s. dazu unten) Repressionsmaßnahmen rufen.

Liberalismus heißt: Repression nach Recht und Gesetz

Der Tagesspiegel verrät dabei seine liberale Ideologie *nicht*. Er spricht das, was im herrschenden Sprachgebrauch 'Menschenrechtsverletzungen' im «Südosten der Türkei» genannt wird, an. Und er kritisiert, daß diese 'Menschenrechtsverletzungen' - aus Rücksicht auf einen «*Bündnispartner*» - «bewußt ignoriert» werden.[6] Der Tagesspiegel bezeichnet die Türkei eurozentristisch als «*Schwellenland*» *in Sachen 'Rechtsstaatlichkeit'*. Und er *verteidigt* die Demonstrationsfreiheit und das Verbot von Abschiebungen in Folterstaaten.[7]
Aber - und genau darin erweist sich der Tagesspiegel als *liberal* -: Die Ausübung des Demonstrationsrechts koppelt er seinerseits an die Einhaltung der rechtsstaatlichen Grenzen.

> *«[...] Liberalismus und Rechtsstaatlichkeit [schließen] polizeiliche Härte und staatliche Stärke nicht aus[...], sondern [sind] auf sie angewiesen».*
>
> *TSP, 21.2., S. 1 K*

Dies *ist* liberal: 'Demonstriert ruhig friedlich gegen Menschenrechtsverletzungen, aber begeht keinen Hausfriedensbruch, greift keine türkischen Nationalisten und deutschen Polizisten an.'[8]
'Redet viel, aber laßt den Worten keine Taten folgen.'[9]
'Bleibt beim Protest, aber geht nicht zum Widerstand über - sonst bekommt ihr das staatliche Gewaltmonopol zu spüren':
«Die beste Erklärung kann den Terror der PKK nicht entschuldigen; die Bemühung um Frieden in der Türkei ersetzt nicht den höchstmöglichen Einsatz für die Innere Sicherheit in Deutschland.» (TSP, 18.02., S. 1 K).
Das heißt:
'Schiebt Randalierer zwar nicht in die Türkei ab, aber steckt sie hier in den Knast.'[10]
'Bemüht Euch um Frieden in der Türkei, d.h.: exportiert das liberale Menschenrecht.'

Liberalismus heißt, den Preis zu zahlen, der zur Aufrechterhaltung des status quo in den imperialistischen Zentren notwendig ist

Es ist nicht wahr, wenn in dem Aufruf über die Tagesspiegel-Ausgaben vom 18. und 19.3. behauptet wird:
«Es wird nicht die Folter und Verfolgung in der Türkei angegriffen, sondern bedauert, daß es 'dem Kurden' im Einzelfall gelingt, sich auf diese allgemein bekannte Tatsache zu berufen, um hierbleiben zu können.»
Wahr ist vielmehr, daß der Tagesspiegel die Folter und Verfolgung in der Türkei (wenn auch vielleicht nicht «angegriffen», so doch) *kritisiert hat* (s. das Zitat in FN 6). Und denjenigen die lauthals nach Abschiebungen rufen hält er entgegen, daß die «rechtsstaatliche Behandlung Abgeschobener» in Türkei nicht gesichert ist. (Während Schily die Kantherschen Abschiebeverträge mit der Türkei ausbauen will, weist der Tagesspiegel darauf hin, daß diese *keinen* wirksamen Schutz gegen das Foltern Abgeschobener bieten.).[11]
Der Tagesspiegel macht dies freilich *nicht* - und auch darin erweist er sich

---

Vier einfache Beispiele:
Was der Tagesspiegel tatsächlich geschrieben hat

Kundgebungs-Aufruf: «Der 'Tagesspiegel' sah in seinem Kommentar vom 18.02.1999 'unser Land' gar in einem 'Bürgerkrieg' verwickelt.»
Der Tagesspiegel: «Man mag sich in ein paar Tagen trotz der Dramatik und der Toten besinnen, daß es noch vieles anderes gibt, *das uns von einem Bürgerkriegsland unterscheidet*.»

Aufruf: «Es wird nicht die Folter und Verfolgung in der Türkei angegriffen, sondern bedauert, daß es 'dem Kurden' im Einzelfall gelingt, sich auf diese allgemein bekannte Tatsache zu berufen, um hierbleiben zu können.»
TSP: «Die Türkei hat ein anderes Verständnis vom Rechtsstaat und dem Umgang mit Minderheiten; sie ist auch in dieser Hinsicht ein Schwellenland. In Deutschland gilt die Demonstrationsfreiheit, und sie wird aus guten, historischen Gründen verteidigt.» «Tatsächlich wird hierzulande bewußt ignoriert, wie im Südosten der Türkei die Menschenrechte mit Füßen getreten und mit Knüppeln geschlagen werden, weil man sich nicht traut einen Bündnispartner weiter zu reizen.»

Aufruf: «Mit Enttäuschung stellt der Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 19.02. fest: 'Schon weil kaum einem Demonstranten eine Straftat (...) konkret nachgewiesen werden kann, hat sich auch die Wunderwaffe Abschiebung als eher stumpf erwiesen.'»
TSP: «Abschiebung *keine Wunderwaffe*. Im Gegensatz zu Politikern rufen Sicherheits*experten* nicht laut nach hartem Durchgreifen.»

Aufruf: «Diese medial hergestellte Bedrohung schafft dann das öffentliche Klima, in dem Gesetzesverschärfungen *gegen alle Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten* gefordert werden können.»
TSP: «Auch aus einem anderen Grund rufen die Sicherheitsexperten keineswegs lautstark nach hartem Durchgreifen: Verfassungsschützer sehen Anzeichen dafür, daß in der politisch wie militärisch geschwächten PKK die besonnenen 'Tauben' gegenüber den 'Falken' die Oberhand gewinnen können.»

Aufruf: «Kein Wort davon, daß es die israelischen Sicherheitsbeamten waren, die Schüsse in eine Menschenmenge abgegeben und - bis zu jenem Tag - drei Menschen getötet [...] hatten.»
TSP: «Israelis erschießen drei PKK-Sympathisanten».

Das schöne Gesicht des Liberalismus

Es mag noch verständlich sein, daraus, daß der Tagesspiegel in seiner Berichterstattung auch das 'häßliche Gesicht' des Liberalismus (die Verteidigung des staatlichen Gewaltmonopols) gezeigt hat, zu schlußfolgern, der Tagesspiegel habe den Liberalismus verraten. Denn dies entspricht den üblichen Illusionen in den Liberalismus.

Weit weniger verständlich ist aber, daß der Kundgebungsaufruf 'übersieht', daß der Tagesspiegel auch in seiner Berichterstattung aus Anlaß der Öcalan-Entführung *ebenfalls das 'schöne Gesicht' des Liberalismus* (Verteidigung der rechtsstaatlichen *Begrenzung* des Einsatzes des staatlichen Gewaltmonopols) *gezeigt hat*.

Am ersten Tag berichtet der Tagesspiegel (**17.02.**, S. 1 B) u.a. unter der wahrheitsgemäßen Überschrift «Gewaltsame Kurdenproteste in ganz Europa». In der gleichen Überschrift bezeichnet der TSP den Anlaß der Proteste als '*Verschleppung*' («Separatistenführer mit Privatflugzeug aus Kenia verschleppt») und - in Anspielung auf das französische Wort für Staatsstreich (*coup d'Etat*) - als «Türkische[n] Coup». Außerdem berichtet der TSP (immer noch in der Überschrift) über Forderungen «Europäische[r] Politiker» nach einem «faire[n] Verfahren» gegen Öcalan. Dazu veröffentlicht er ein Foto einer *nicht-militanten* kurdischen Protestaktion sowie einen türkei-kritischen Kommentar unter dem Titel «Ankara triumphiert, doch wie lange?». Auf S. 2 B der gleichen Ausgabe bringt er außerdem unter der Überschrift «Charismatischer Rebellenchef» u.a. noch ein kurzes Öcalans-Portrait.

In der Ausgabe vom **18.02.** druckt der TSP auf S. 2 B u.a. einen fast halb-seitigen Bericht «Kaum Aussichten auf faires Verfahren gegen Öcalan». Daneben veröffentlicht er ein Portrait einer Öcalan-Anwältin unter der Überschrift «Das Herz schlägt links».

Auf S. 12 der gleichen Ausgabe berichtet der Tagesspiegel unter dem Titel «Linke Gruppen planen Aktionen. Großes Polizeiaufgebot am Abend rund um den Mehringhof». Im Text heißt es u.a.: «Die linken Gruppen wollten am späten Abend die Vorführung eines türkischen Beitrags bei der Berlinale in der Urania stören und als *politische* Plattform nutzen. [...] Die PKK-Vertreter erhoben bei der Veranstaltugn schwere Vorwürfe gegen die Berliner Polizei.» Der Artikel endet mit folgender Sympathie-Werbung: «Viele links denkende Menschen, die in den Mehringhof gekommen waren, zeigten sich geschockt von den Toten im israelischen Generalkonsulat. 'Ich werde auf die Straße gehen, weil ich meine Trauer zeigen möchte und darauf hinweisen will, daß die Bundesregierung den türkischen Staat mit Waffen beliefert', faßte eine Frau die Stimmung zusammen.»

Am nächsten Tag berichtet der Tagesspiegel auf der Titelseite zwar unter einer Überschrift, die in der Tat eine Tendenz zur Schuldumkehr beinhaltet («Blutiges Ende des PKK-Überfalls löst heftige Kritik in Israel aus»). Auf S. 2 veröffentlicht er das Foto einer friedlich auf der Straße sitzende Menge von KurdInnen, die von der Polizei umkreist ist; dazu die Bildunterschrift: «Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst».

S. 8 enthält einen Kommentar, der die Schlagzeile auf S. 1 deutlich relativiert. Dort heißt es: «Ein *konspirativer Mantel des Schweigens* hängt über den Todesschüssen. Es kann aber nicht sein, daß diese Schüsse hier stillschweigend hingenommen werden. Fast alles spricht dafür, daß es Notwehr oder Nothilfe war. *Aber vieles spricht wegen der Vielzahl der Schüsse auch für Exzeß*. [...]. *Bei Leichen ist Klärung, nicht Diplomatie gefragt.*»

Auf S. 10 B der gleichen Ausgabe vom **19.02.** schreibt der Tagesspiegel unter der Überschrift «Polizei verhinderte Versammlungen» über die Demonstrationsverbote vom Vortage. Dort heißt es in einem Tonfall der jedenfalls nicht die DemonstrantInnen angreift: «Die Polizei gab per Lautsprecher bekannt, daß '*heute stadtweit alle Demonstrationen untersagt*' seien. Die Aufforderung den Platz zu räumen, wurde nach einer halbe Stunde befolgt. Bis dahin *beschränkten sich die Demonstranten auf Sprechchöre*, in denen sie sich mit dem PKK-Chef Öcalan solidarisierten. Polizisten umringten die Teilnehmer, griffen aber nicht ein.»

In der darauffolgenden Ausgabe (**20.02.**, S. 2) bringt der TSP ein Interview mit dem außenpolitischen Kanzlerberater, Michael Steinert, «über PKK-Chef Öcalan, die Rolle Rußlands in Euorpa und den Kosovo-Konflikt». Aus den vielfältigen Interview-Äußerungen Steinerts wählt der TSP als Überschrift aus: «Es darf keine politischen Prozesse geben».

Auf der Meinungsseite (S. 8) veröffentlicht der Tagesspiegel einen Kommentar, der die «markigen Sprüche» der letzten Tage von Schily u.a. kritisiert. In der Unterüberschrift fragt er rhetorisch-polemisch: «Die ganze Härte des Gesetzes soll jetzt PKK-Straftäter treffen. Was traf sie bislang?». Der Text gibt die (zutreffende) Antwort: Schon bisher hielten die bundesdeutschen Gesetze «harte Strafen bereit»

Auf S. 9 (erste Seite des Berlin-Teils) berichtet der TSP kritischen über die (Informations)politik der deutschen und israelischen Sicherheitsbehörden: «Israelische Sicherheitsbeamte heimlich ausgeflogen.» (Überschrift) «Nachrichtensperre bei deutschen Behörden» (Unterüberschrift).

Am **21.02.** berichtet der TSP an gleicher Stelle ausführlich unter dem Titel: «Straßensperren und Durchsuchungen: Polizei geht gegen PKK vor». In dem im Tonfall eher polizei-kritisch gehaltenen Bericht heißt es: «In der Innenstadt besetzten [!] gestern Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS) einige Straßenkreuzungen und U-Bahnhöfe. Menschen mit dunkler Haut oder Haarfarbe, die vom Aussehen kurdischer Herkunft sein konnten [!], wurden im Auto, auf Bahnsteigen und an Bahnhofstoren angehalten, überprüft und nach Waffen durchsucht. [...]. Überall patroullierten im Einkaufsrummel mit Schlagstock und Schutzkleidung ausgestattete Polizeitrupps und hielten jeden [!] an, der ihr Mißtrauen erregte [!]. [...] Festnahmen gab es keine, auch Waffen oder andere gefährliche Gegenstände wurden offenbar kaum beschlagnahmt.»

Am **22.02.** berichtet der TSP (wiederum auf der ersten Seite des Berlin-Teils) u.a. über eine Pressekonferenz von RechtsanwältInnen von KurdInnen und der Vorbereitungsgruppe der Breitscheidt-Platz-Kundgebung. Im Text heißt es: «Die Veranstaltergruppe der nunmehr zweiten verbotenen Demonstration sagte am Sonntag vor der Presse, während sich in anderen deutschen Städten tausende Menschen versammelten, sei das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit in Berlin 'seit Tagen' außer Kraft gesetzt. [...]. Am Wochenende hatte die Polizei überall in der Stadt Kontrolle errichtet.»

Die gleiche Seite enthält einen O-Ton-Kasten: «'Mit Schüssen hat niemand gerechnet.' Ein junger Kurde berichtet über die Ereignisse vor dem Konsultat.»

Eine revolutionäre Zeitung würde sicherlich anders berichten; und wohl selbst eine links-reformistische Zeitung, die den neuen oder alten sozialen Bewegungen nähersteht als der bürgerliche Tagesspiegel; - aber ein Verrat am Liberalismus läßt sich dem Tagesspiegel hiernach sicherlich nicht vorwerfen.



1 Denn sie (die Legalität der Revolution) bestünde «in der - faktisch unmöglichen - Vorwegnahme der Legalität des kommenden Systems» (Helmut Ridder, *Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung*, in: Axel Azzola et al., *Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*. Band 2, Luchterhand: Darmstadt/Neuwied, 1984, 1494, 1487).

2 Vgl. dazu: «'Protest ist, wenn ich sage, das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht. [...].' So ähnlich - nicht wörtlich - konnte man es von einem Schwarzen der Black-Power-Bewegung auf der Vietnam-Konferenz im Februar [1968] in Berlin hören.» (Ulrike Meinhof, *Vom Protest zum Widerstand*, in: dies., *Die Würde des Menschen ist antastbar*, Wagenbach: [West]berlin, 1988, S. 138).

3 «Die Kautskyaner [...] führen diese Erscheinungen eines 'gesunden', 'friedlichen', auf 'friedlichen Verkehr' beruhenden Kapitalismus an und *stellen* sie der finanziellen Ausplünderung, den Bankmonopolen, den Geschäften der Banken mit der Staatsmacht, der kolonialen Unterdrückung etc. *entgegen*, *stellen* sie als das Normale dem Unnormalen, das Wünschenswerte dem Unerwünschten, das Fortschrittliche dem Reaktionären, das Grundlegende dem Zufälligen etc. *entgegen*. Das ist [...] [s]pießbürgerlicher Reformismus: *für* einen fein säuberlichen, geschniegelten, gemäßigten und akkuraten Kapitalismus.» (6* 39, 97 - Bemerkungen über K. Kautsky; Hervorh. i.O.).

4 In dem Aufruf heißt es: «Der 'Tagesspiegel' sah in seinem Kommentar vom 18.02.1999 'unser Land' gar in einem 'Bürgerkrieg' verwickelt. [...]. Die LeserInnen werden durch den ersten Absatz dieses Artikel auf das Bedrohungsszenario eingestimmt.» Danach wird u.a. folgender Satz aus dem Kommentar auf S. 1 des Tagesspiegels vom 18.2. zitiert: «Innerhalb weniger Stunden verwandelt sich ein friedliches Land in den Schauplatz eines Bürgerkrieges.»

5 Es ist schließlich auch allenfalls die halbe Wahrheit, wenn in dem Aufruf des weiteren behauptet wird: «Ohne es direkt auszusprechen, wird in dem Kommentar der Eindruck erweckt, daß es die Konsultatsbesetzerinnen und -besetzer gewesen seien, die geschossen und Menschen getötet haben. Kein Wort davon, daß es die israelischen Sicherheitsbeamten waren, die Schüsse in eine Menschenmenge abgegeben und - bis zu jenem Tag - drei Menschen getötet [...] hatten.» Zwar heißt es im ersten Absatz des Kommentares in der Tat unbestimmt: «In der Hauptstadt wird geschossen». Selbst wenn man/frau/lesbe die hiesige Lesart, daß sich der Tagesspiegel von dem Szenario, was er im ersten Absatz skizziert, *absetzt*, nicht teilt, so ist jedenfalls zu berücksichtigen, daß der nebenstehende *Aufmacher* des Tagesspiegel mit der großen Überschrift «Israelis erschießen drei PKK-Sympathisanten» versehen war.

6 «Tatsächlich wird hierzulande bewußt ignoriert, wie im Südosten der Türkei die Menschenrechte mit Füßen getreten und mit Knüppeln geschlagen werden, weil man sich nicht traut, einen Bündnispartner weiter zu reizen.» (TSP, 18.3., S. 1 K).

7 «Die Türkei hat ein anderes Verständnis vom Rechtsstaat und dem Umgang mit Minderheiten; sie ist auch in dieser Hinsicht ein Schwellenland. In Deutschland gilt die Demonstrationsfreiheit, und sie wird aus guten, historischen Gründen verteidigt.» (TSP, 18.3., S. 1 K; zu den Abschiebungen vgl. sogleich FN 8 und 11).

8 «Innenminister Schily hat Härte versprochen und angekündigt Straftäter auszuweisen. Genau an diesem Punkt greift die Union die Regierung an: Wer einen deutschen Paß besitzt, kann nicht ausgewiesen werden; also sei es von Übel, das Staatsbürgerschaftsrecht aufzuweichen. Aber am eigentlichen Problem geht dieser Streit vorbei. Es ist nicht so wichtig, welchen Aufenthaltsstatus Randalierer haben, sondern wie gegen sie vorgegangen wird. Die Innenminister müssen [...] beginnen zu handeln.» (TSP, 18.3., S. 1 K). D.h.: Gegen «Randalierer» sollen die Strafverfolgungsbehörden, falls jene die BRD-Staatsbürgerschaft haben (oder falls ihnen in der Türkei Folter droht, s. dazu sogleich FN 11), *hier* vorgehen. Die Doppelte Staatsbürgerschaft wird also vom Tagesspiegel - anders als der Aufruf behauptet - gerade nicht «als nicht hinnehmbarer Abschiebeschutz diffamiert.» Noch deutlicher äußert sich der Tagesspiegel in einem Meinungsbeitrag vom 20.02., S. 8: «Wer straffällig wird, durch Landfriedensbruch oder Gewaltat, für den halten unsere Gesetze harte Strafen bereit. Gefährden die Täter die öffentliche Sicherheit und kommen aus Rechtsstaaten, so werden sie abgeschoben. Erwartet sie indes Folter und Tod, kommen sie hierzulande hinter Schloß und Riegel.»

9 Zu Zeiten als der Marxismus noch mehr in Mode war schrieb Mao (AW, Bd. II, S. 29 - Gegen den Liberalismus): «Liberale [...] erklären sich zwar für den Marxismus, sind aber nicht bereit, ihn in die Praxis umzusetzen [...]: Sie führen den Marxismus im Munde, handeln aber im Sinne des Liberalismus. [...]. Sie führen beide Sorten von Waren, und jede hat ihren eigenen Verwen-



als *liberal* -, weil er *Sympathien für die PKK* (oder gar revolutionäre Positionen) hätte, sondern weil sich die Menschenrechte in den imperialistischen Metropolen «aus guten, historischen Gründen» bewährt haben.
Dafür, so stellt der Tagesspiegel *nüchtern* (und *nicht* etwa «*mit Enttäuschung*» [so aber der Kundgebungsaufruf[12]] fest, lohnt es sich den Preis zu zahlen, daß der «Staat [...] manchmal [...] lächerlich» aussieht (TSP, 18.2., S. 1 K), und daß Abschiebungen nicht so einfach möglich sind, wie sich das diejenigen wünschen, die mit ihrem «Zorn Volkes Stimme Ausdruck verleih[en]» (TSP, 19.2, S. 2 B).

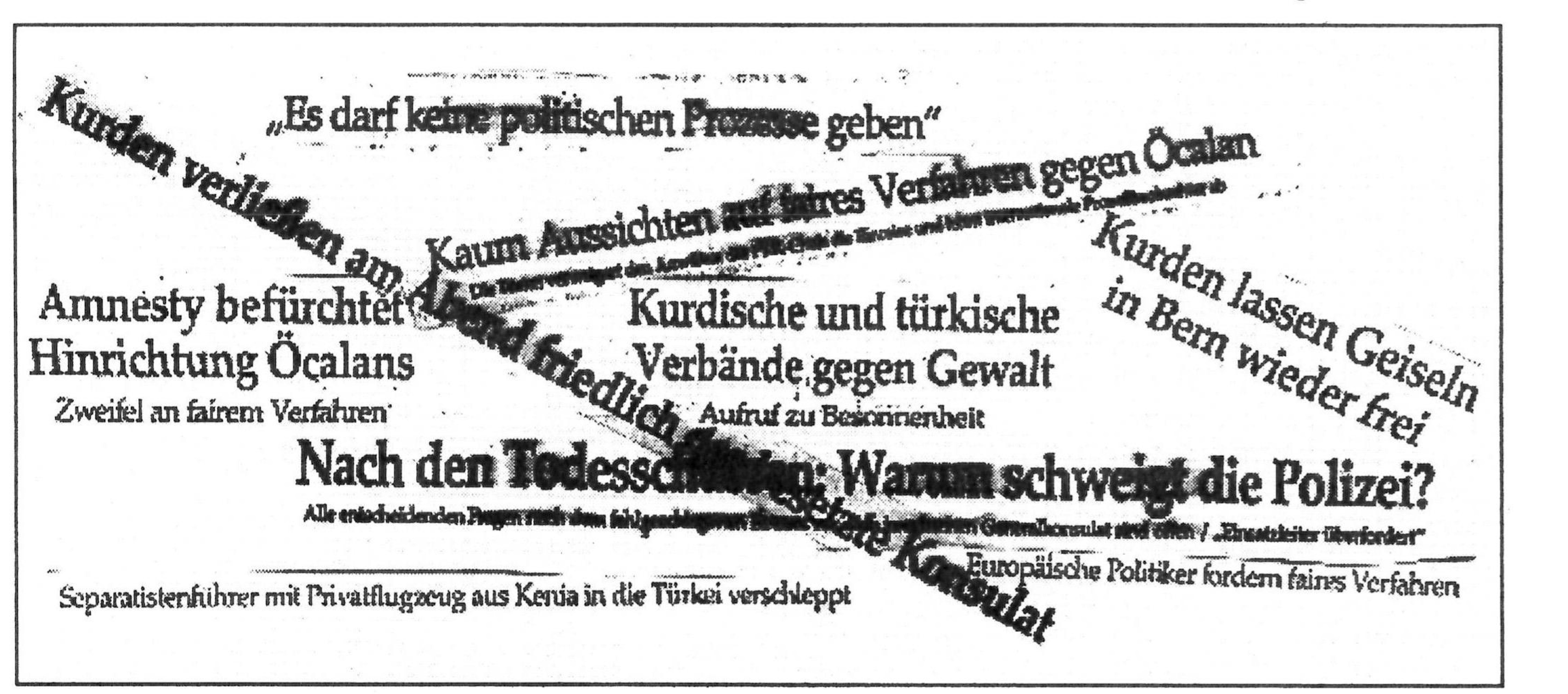
Liberalismus heißt nicht nach hartem *Durchgreifen* RUFEN, *sondern* gezieltes *Durchgreifen* PRAKTIZIEREN

Darin erweist der Tagesspiegel im übrigen auch seine Distanz zur Boulevardpresse: Daß er Dinge verteidigt, die «kaum zu verstehen» (TSP, 18.2., S. 1 K), aber doch im Sinne des metropolitanen Liberalismus/Imperialismus sind:

Das Florett soll leise, nicht das Schwert mit Getöse soll zum Einsatz kommen. Deshalb hetzt der Tagesspiegel durchaus *nicht* gegen «*alle*» Flüchtlinge und MigrantInnen (so aber der Kundgebungsaufruf[16]).[17] Der Tagesspiegel hetzt *nicht einmal* gegen alle KurdInnen; ja *nicht einmal* gegen alle PKK-Mitglieder.[18]

Liberalismus heißt nicht Abschaffung von Herrschaft, sondern 'Teile und Herrsche'

Vielmehr setzt der Tagesspiegel, der seine lateinischen Spruchweisheiten kennt, auf eine Strategie des *devide et*



Reaktionär oder liberal? - Tagesspiegel-Schlagzeile vom 17. - 19.02.1999

Wer/welche den Staat als «unberechenbare[n] Moloch» darstellt, der «alle» bedroht, «fixiert sich auf die Technik *des Polizeiapparates und lenkt damit von den* politischen *Interessen, die ihn leiten, und vor allem von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die Polizei ordnend, befriedend und einschüchternd tätig werden soll ab.»*

Oliver Tolmein

"[...] der Rechtsstaat [ist] in der Wahl seiner Mittel nicht frei [...] - deshalb ist er Rechtsstaat. Er kann - um von den Kurden zu sprechen - nicht unbeschwert abschieben. Auch ist Taktik in gefährlichen Auseinandersetzungen erlaubt, ja geboten: Niemandem wäre gedient, wenn Demonstrationen durch den Polizeieinsatz eskalieren, auch wenn dieser der Durchsetzung des Rechts dient, etwa dem Einziehen einer - verbotenen - PKK-Fahne." (TSP, 21.2., S. 1 K).
Wo *andere* an heiß «Wunderwaffen»[13] *glauben, weiß* der Tagesspiegel um die kalte Effektivität der *Praxis* der Sicherheitsapparate:[14] «Im Gegensatz zu Politikern rufen Sicherheitsexperten nicht nach hartem Durchgreifen».[15]

impera - Teile und Herrsche:
«Auch aus einem anderen Grund rufen die Sicherheitsexperten keineswegs lautstark nach hartem Durchgreifen: Verfassungsschützer sehen Anzeichen dafür, daß in der politisch wie militärisch geschwächten PKK die besonnenen 'Tauben' gegenüber den 'Falken' die Oberhand gewinnen können.» (TSP, 19.2., S. 2 B).[19]
Integriere die Tauben und isoliere die Falken - eine imperialistische Strategie, die in den letzten Jahren wunderbar gegen den bundesdeutschen Widerstand funktioniert hat.[20] Ein weiteres Exportprodukt, das dem 'Schwellenland Türkei' angeboten wird: Die Türkei solle die 'Verhaftung Öcalans' zu einer 'Wende in ihrer Kurdistan-Politik' nutzen.



***Der Liberalismus* verschweigt *die Wahrheit* nicht, sondern *er lebt mit ihr* (nimmt *sie* hin)**

Der Tagesspiegel führt seinen LeserInnen nicht (wie es in dem Aufruf heißt) vor Augen: «Die Deutschen haben mit dem Elend der Welt, mit den Kriegen, mit Hunger und Folter nichts zu tun, sie sind unschuldig und haben das Recht mit der ganzen Härte der jetzigen und aller kommenden Gesetze gegen die Protestierenden vorzugehen.»
Der Tagesspiegel signalisiert vielmehr: Hier - anders als im «Schwellenland» und «Bündnispartner» Türkei - geht alles nach (Menschen)recht und Gesetz, und deshalb muß sich (hier) auch Protest im Rahmen von Recht und Gesetz bewegen.

Menschenrechte - das Konzept des liberalen Metropolen-Imperialismus

Machen wir uns also keine Illusionen über den Liberalismus: Liberalismus heißt *nicht* den Imperialismus *angreifen, sondern Frieden* mit dem imperialistischen *status quo*![21]
«[...] es gibt stichhaltige Gründe für die Annahme, daß der brutale Riß zwischen Anspruch und Realität der Menschenrechtsidee über einen Zeitraum von inzwischen mehr als zweihundert Jahren nicht der unvollständigen Konzeption, der miserablen Umsetzung oder allein dem verbrecherischen Charakter der herrschenden Klasse geschuldet ist. Denn dieser Riß ist systematisch in jener Logik angelegt, die dem Menschenrechtskonzept zugrundeliegt. Diese Logik einer gründlichen Kritik unterzogen zu haben, ist vor allem das Verdienst feministischer Beschäftigung mit dem Thema.»[22]

> *'Die Legende von der Autonomie der Subjekte ist konstitutiv für den Liberalismus. Nach dessen Konzeption des Gesellschaftsvertrages willigen die Individuen* freiwillig *ein,* regiert *zu werden.'*
>
> *Judith Butler*

Die feministische Kritik konnte zeigen, daß das (Menschen)Rechtssubjekt als «jenseits von Geschichte und Gesellschaft» existierend konzipiert ist. «Diese Illusion der ursprünglichen Autonomie negiert die real existierenden materiellen, sozialen und leiblichen Abhängigkeiten, denen Menschen nun einmal unterworfen sind, [...].»[23]
«Gedacht sind die Bürgerrechte vor allem für das besitzende *Individuum*, das ungehindert seinen wirtschaftlichen Interessen nachgehen will» (und sei es, daß dieses Individuum nur seine Arbeitskraft besitzt).[24]
Damit ist das (Menschen)Recht nicht nur '*blind*' gegenüber den bestehenden Herrschaftsverhältnissen: Die Individuen in den imperialistischen Metropolen *sind* unabhängig von ihrer Klassen- und Geschlechtszugehörigkeit gleichbe*rechtigt*.[25]
Das (Menschen)Recht ist *darüber hinaus* auch - zumindest tendenziell - *unverträglich* mit Maßnahmen, die auf einer anderen Logik als der der juristischen Gleichheit beruhen:
Denn - wie ausgeführt -: Die (insofern notwendig bürgerliche) *Rechts*gleichheit *abstrahiert* gerade von den *realen* Ungleichheiten und Abhängigkeiten: Sollen diese Ungleichheiten und Abhängigkeiten beseitigt werden, so ist gerade eine Ungleichbehandlung (Sturz der Macht der Herrschenden) erforderlich. Soll diese Ungleichbehandlung in juristischen statt revolutionären Formen erfolgen, so müßte *ungleiches Recht* geschaffen werden - ein *Widerspruch in sich*: Das menschenrechtliche Prinzip der *abstrakten Gleichheit* müßte gestürzt werden zu Gunsten der *Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten*.[26]
Dies ist selbstverständlich prinzipiell '*denkbar*'; und im Rahmen der *Grenzen* des Sozialstaates findet dies auch bereits statt. Die Individuen sind nicht mehr nur mit dem

schen der tatsächlichen Anwendung von Staatsgewalt und ihrem theoretisch möglichen Einsatz verschwimmen.» (Oliver Tolmein, *Stammheim vergessen*, Konkret Literatur Verlag: HH, 1992, S. 69).

18 Dies enthebt den Tagesspiegel freilich nicht vom Vorwurf des Rassismus. Denn als liberale Zeitung verteidigt der Tagesspiegel selbstverständlich die jedem bürgerlichen Nationalstaat inhärente (wenn auch u.U. flexibel gehandhabte) rechtliche Unterscheidung zwischen In- und Ausländern.

19 Bereits am 17.02. (S. 1 K) gerierte sich der Tagesspiegel als Image-Berater der PKK und versucht 'gewaltfreie Kurden' gegen militantem Widerstand au zuspielen: "Die *nicht gewaltbereite Mehrheit* der Kurden ist abermals durch Öcalan selbst in eine mißliche Lage geraten. Nachdem dieser zur Wiederaufnahme des Kampfes aufgerufen hatte, finden *im Namen* der Kurden quer durch Europa Geiselnahmen, Überfälle und Brandstiftungen statt, werden sämtliche Kurden mit der PKK gleichgesetzt. Just mit solchen Aktionen hatte Öcalan schon früher alle seine fragwürdigen Versuche, eine historische Parallele zwischen PKK und PLO zu ziehen, gründlich diskreditiert."

20 Vgl. dazu am Beispiel des Kollektivs der Gefangenen aus der RAF: «die letzte runde im zeitgeschehen ist, daß bestimmte gefangene 'der gewalt abschwören'. [...]. parallel läuft die politische isolierung der 'unverbesserlichen', deren vernichtungshaftbedingungen damit ein weiteres mal als 'selbstgewollt' legitimiert und verschärft werden. [...]. für die feministische bewegung muß das bedeuten, daß sie die gefangenen, die diesen ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt.» Denn «zwischen dem feminismus und bewegungen, gruppen, organisationen, die mit antiimperialistischem anspruch gegen die 'herrschenden verhältnisse' vorgehen», «besteht ein kritisch-solidarisches verhältnis». «solidarisch sind feministinnen mit ihnen überall dort, wo ihr kampf, ihre kampfziele mit feministischen übereinstimmen.» (*Eine feministische Kritik*, in: *interim*, Nr. 229, 25.02.1993, S. 24, 23).

21 Vgl. (wenn auch etwas unpräzise, denn der Liberalismus verzichtet durchaus nicht auf den ideologischen Kampf gegen den Kommunismus): «Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf, [...]. Jeder Kommunist und jeder Revolutionär muß zu dieser Waffe greifen. *Der Liberalismus* aber verzichtet auf den ideologischen Kampf und *tritt für einen prinzipienlosen Frieden* ein; [...].» (MAW, Bd. II, S. 27 - Gegen den Liberalismus).

22 Stefanie Gräfe, *Fundamentalistische Fiktionen*. Menschenrechtsideal und patriarchale Wirklichkeit, in: *ak*. analyse & kritik, Nr. 422, 21.01.1999, S. 3.

23 ebd. Diese «Illusion der ursprünglichen Autonomie» der Individuen ist im Rahmen der liberalen Konzeption des Gesellschaftsvertrages auch der Grund für die Unterwerfung der Individuen unter das staatliche Gewaltmonopol. Weil die Individuen den «Gesellschaftsvertrag» *freiwillig* (als autonome Subjekte) schließen, müssen sie sich auch seinem Produkt, *dem staatlichen Gewaltmonopol, unterwerfen*: «Die verbreitete Annahme, daß das 'Subjekt vor dem Gesetz' eine onotologische Integrität» - d.h. Autonomie - «besitze, kann als zeitgenössische Spur der Hypothese vom 'Naturzustand'» - d.h. eines Zustandes, in dem die Individuen noch nicht dem staatlichen Gewaltmonopol unterworfen waren - «verstanden werden - jener fundierenden/fundamentalistischen Legende, die für die Rechtsstrukturen des klassischen Liberalismus konstitutiv war. Die performative Beschwörung eines ungeschichtlichen 'vor' wird zur Begründungsprämisse, die eine vorgeschichtliche Ontologie der Personen sichert, die ihrerseits die Legitimität des Gesellschaftsvertrages begründen, indem sie frei einwilligen, regiert zu werden.» (Judith Butler, *Das Unbehagen der Geschlechter*, Suhrkamp: FfM, 1991, S. 18). Louis Althusser (*Schriften*, Bd. 2, Argument: [West]berlin, 1987, S. 82) schreibt über diese «Synthese von Untertan und Souverän im Staatsbürger»: «Die Staatsbürger besitzen in der Demokratie das einzigartige Privileg, durch die Gesetzgebung selbst wissentlich und willentlich die Ordnung zu produzieren, die sie regiert.»

24 Gräfe, a.a.O. Die Autorin weist zurecht darauf hin, daß dies *insofern* «keine sonderlich neue linke Kritik am bürgerlichen Rechtsideal» sei (Vgl. dazu weiter unten in und bei FN 28). Umso erstaunlicher sei, «daß sie im Rahmen der gegenwärtigen feierlichen Betroffenheit [über die 'mangelnde Verwirklichung' der UN-Menschenrechtserklärung vom Dez. 1948] so selten erinnert wird».

25 Im Unterschied zu feudalen Ständen unterscheiden «[...] die Klassen sich von einander nicht durch juristische Privilegien, sondern durch die tatsächlichen Bedingungen [...], die Klassen [setzen folglich] *juristische Gleichheit* voraus» (💣* 2, 471 - Perlen volkstümlicher Projektemacherei; Hervorh. i.O.). «Bis heute geht die gesetzliche Gleichstellung von Männern und Frauen problemlos mit der geschlechtsdifferenzierenden Aufteilung des Arbeitsmarktes und der Zuweisung von Frauen in die Reproduktionssphäre zusammen.» (Gräfe, a.a.O.). Das, was Etienne Balibar (*Über die Diktatur des Proletariats*, VSA: Hamburg/[West]berlin, 1977, 43 f., 45 f.) über den Klassenkampf sagt, gilt also entsprechend auch für den Geschlechterkampf: «In der Praxis

Falsche Versprechungen

Die ganze Härte des Gesetzes soll jetzt PKK-Straftäter treffen. Was traf sie bislang?

VON RÜDIGER SCHEIDGES

Öcalan geknebelt, Öcalan mit aufgerissenen Augen, Öcalan zum öffentlichen Verzehr freigegeben: Wie einst kommunistische Staaten Dissidenten oder faschistische Regime kommunistische Kapos der öffentlichen Erniedrigung preisgaben, so zelebriert die Türkei jetzt die Festnahme des PKK-Führers mit einem Video. Die Türkei versichert damit: So und nicht anders gehen wir mit jenen um, die wir uns holen oder die uns zugeschoben werden. Die Schau-Bilder, die den Schauprozeß ankünden, umkreisen noch die Welt, da werden sich Politiker in Regierung und Opposition unter dem Druck der Randale einig: Einfacher müsse dorthin abgeschoben werden, wo die Bilder herkommen.

Ist es unvermeidbar, daß sich ein Rechtsstaat von heißen Umständen in die Versuchung treiben läßt, einem Unrechtsstaat die Menschen auszuliefern, die vor Willkür und Unterdrückung fliehen mußten? Ist es vernünftig, wenn Innenminister Otto Schily die „volle Härte des Gesetzes" für Straftäter und – im zweifelhaften Jargon – „verschärfte gesetzliche Maßnahmen" ankündigt, wissend, daß er auch morgen nicht über mehr Sanktionen verfügen wird als heute? Und: Müßte Otto Schily, zuständig für innere Sicherheit wie inneren Frieden, nicht eher befriedend wirken, indem er der Bevölkerung glaubhaft belegen kann, daß Straftäter, woher sie auch kommen mögen, bereits jetzt keine Chance haben, ungestraft davonzukommen?

Die Bundesregierung weiß wie die Opposition, daß der Unterschied zwischen einem demokratischen und einem undemokratischen Staat auch darin liegt, daß der demokratische niemanden der Folter oder der Todesstrafe preisgibt. Zwischen Bonn und Ankara liegen nicht nur nationale Schutzmechanismen wie das Abschiebeverbot für nicht schwerwiegend vorbestrafte politisch Verfolgte, liegen nicht nur das Grundgesetz und auch unumstößliche Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Abschiebung.

Deutschland trennen von der Mängeldemokratie auch völkerrechtliche Vereinbarungen, so die Genfer Menschenrechtskonvention, deren Respektierung den zivilisierten Staat vom unzivilisierten abhebt. Diese verbieten Abschiebungen in Folter oder Tod. Daran kann niemand rütteln. Will jemand daran rütteln? Jene, die den Bürgen *action* versprechen, säen diese Versprechung, obwohl sie doch nur Enttäuschung ernten können und deshalb ihre martialischen Drohgebärden selbst wieder einkassieren müssen.

Alle markigen Sprüche werden bald wieder eingesammelt

Doch gibt es offenbar selbst in heiklen Lagen einen unwiderstehlichen Sog zum innenpolitischen Wetteifern, vermeintliche Wunderheilmittel wie Härte und Verschärfung anzubieten, – selbst wenn deren Placebo-Wirkung jedem bekannt ist: Alle, die jetzt den harten Mann machen, sind Juristen. Sie sind aber auch Politiker, deren öffentliches Amt es ist, erst die Konsequenzen zu überdenken und dann zu reden: Die Bestimmungen zur Ausweisung straffälliger Ausländer sind 1997 unter großen Mühen stark verschärft worden – im Sog der damaligen Kurdenproteste. Mehr ist kaum drin – wenn man sich nicht auf das dünne Eis begeben möchte, auf dem schon Manfred Kanther eingebrochen ist. Um dessen Abkommen mit der Türkei, abgewiesene Asylbewerber nicht zu foltern, hat sich Anakara nicht geschert. Und die Türkei von heute, die sich weder vom EU-Köder noch von der NATO-Mitgliedschaft zur Besonnenheit verführen läßt, pfeift allemal auf good-will Abkommen.

Ist die Flucht Schilys aus der momentanen Unübersichtlichkeit ins Heilversprechen einer härteren Zukunft vernünftig? Sind die Bürger so unterbelichtet, daß sie sich ein ums andere Mal von einer vermeintlichen Steigerungsfähigkeit der Gesetze, nämlich der „ganzen Härte der Gesetze" blenden ließen? Zweimal nein. Wer straffällig wird, durch Landfriedensbruch oder Gewalttat, für den halten unsere Gesetze harte Strafen bereit. Gefährden die Täter die öffentliche Sicherheit und kommen sie aus Rechtsstaaten, werden sie abgeschoben. Erwartet sie indes Folter und Tod, kommen sie hierzulande hinter Schloß und Riegel. Wer den Eindruck verhindern will, die Bundesrepublik handle unüberlegt, indem sie einem Unrechtsstaat nicht Rechts- sondern Unrechtshilfe gewährt, der muß auf das volle Ausschöpfen der Sanktionen hierzulande pochen. Das kann er guten Gewissens. Die können sehr drakonisch sein.

Reaktionär oder liberal? - Tagesspiegel-Kommentar vom 20.02.1999, S. 8

dungszweck.»
Auch wenn Liberale heute nicht mehr den Marxismus im Munde führen, so es doch nach wie vor ähnlich: Sie kritisieren das 'Schwellenland Türkei' ('Marxismus in Worten'), um die Zustände in den 'entwickelten' Metropolen zu rechtfertigen ('Liberalismus in den Taten').



10 S. FN 8.

11 «Der Vollzug einer Abschiebung scheitert schließlich in vielen Fällen daran, daß der Kurde glaubhaft machen kann, daß ihm in der Türkei *Folter oder gar die Todesstrafe drohen. Daran hat auch eine Abmachung zwischen* dem damaligen Innenminister *Kanther (CDU) und der Türkei 1995 wenig geändert*, in der die Führung in Ankara rechtsstaatliche Behandlung Abgeschobener zusagte. [...]. 1998 durfte erstmals ein Kurde nach Deutschland zurück, weil er doch gefoltert worden war.» (TSP, 19.3., S. 2 B).

12 Dort heißt es: «Mit Enttäuschung stellt der Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 19.02. fest: 'Schon weil kaum einem Demonstranten eine Straftat (...) konkret nachgewiesen werden kann, hat sich auch die Wunderwaffe Abschiebung als eher stumpf erwiesen.'»

13 Damit, daß der Tagesspiegel das Wort «Wunderwaffe» verwendet, läßt sich *nicht* der Vorwurf begründen: «Offen greift der Tagesspiegel auf einen deutlich nazistischen Sprachgebrauch zurück.» Denn *erstens* legt der Tagesspiegel die nazistische Herkunft des Begriffes gerade *nicht offen*. Und zweitens - und vor allem - führt der Tagesspiegel den Begriff gerade ein, um den *Fanatismus*, mit dem hardliner-PolitikerInnen nach vermehrten Abschiebungen rufen, *zu diskreditieren*. - Dagegen läßt sich nicht einwenden, daß der Tagesspiegel den Begriff nicht in Anführungszeichen setzte. Denn er ist gerade *kein* wörtliches Zitat von jenen HardlinerInnen, sondern spitzt deren Argumentationsweise polemisch-diskreditierend zu.
Der Vorwurf des nazistischen Sprachgebrauchs kann schließlich auch nicht daran festgemacht werden, daß der Tagesspiegel die Formulierung «der Kurde» verwendet. Denn erstens ist schon fraglich, ob der Tagesspiegel den Begriff an der fraglichen Stelle überhaupt als kollektiven Singular verwendet. [Denn der bestimmte Artikel «der» bezieht dort auf «*ein[en]*» (unbestimmter Artikel!) zuvor beispielsweise eingeführten «Demonstranten» bzw. «Ausländer». Richtig ist allerdings, daß es angemessener gewesen wäre, wenn der Tagesspiegel im unbestimmten Plural von Kurden (und Kurdinnen) gesprochen hätte.]. Zweitens ist die Verwendung eines *kollektiven Singulars* - wegen der darin liegenden unbegründeten Verallgemeinerung - zwar kritisierenswert, aber *keine Erfindung der Nazis* (auch wenn diese grammatische Form für deren stigmatisierende Propaganda sehr nützlich war). Bspw. wird die Form des kollektiven Singular im *-1848 geschriebenen* und des Nazismus gänzlich unverdächtigen - Kommunistischen Manifestes gleich im zweiten Satz des ersten Abschnittes («Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigner [...] führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, [...].» [MEW 4, 462]) und danach noch mehrfach (S. 469: der Arbeiter, der Fabrikant, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher, S. 472: der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer etc.) zur Dramatisierung verwandt.

14 «Abschiebung *keine Wunder*waffe. Im Gegensatz zu Politikern rufen Sicherheits*experten* nicht laut nach hartem Durchgreifen. [...] - der *Ruf* nach Härte und konsequentem Durchgreifen hat parteiübergreifend Konjunktur. Aber so leicht sich derlei fordern läßt, so schwierig ist es in der *Praxis* zu bewerkstelligen.» (TSP, 19.2., S. 2 B). Der Tagesspiegel stellt hier die nüchterne, als unideologisch gedachte *Praxis* der Sicherheits*experten*, dem Wunderwaffen-*Glauben* ideologisierter *Politiker* gegenüber und *zieht dabei die nüchterne Praxis dem ideologisierten Glauben vor.*

15 *Insofern* fordert der Tagesspiegel (anders als der Aufruf behauptet) durchaus *kein «verschärftes* Konzept 'Innerer Sicherheit'».

16 Dort heißt es: «Diese medial hergestellte Bedrohung schafft dann das öffentliche Klima, in dem Gesetzesverschärfungen *gegen alle Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten* gefordert werden können.»

17 Vgl. dazu: «Je deutlicher wird, zum Beispiel bei den großen Friedensdemonstrationen in Bonn, daß sich keineswegs 'jede' und 'jeder' als potentieller Verfassungsfeind fühlen muß und die überwiegende Mehrheit der DemonstrantInnen sich auch nicht so fühlt, desto eindringlicher versuchen weite Teile der Linken genau dieses theoretisch 'alle' bedrohende Moment der staatlichen Repression herauszukehren. [...]. Die Kritik fixiert sich auf die Technik des Polizeiapparates und lenkt damit von den politischen Interessen, die ihn leiten, und vor allem von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die Polizei ordnend, befriedend und einschüchternd tätig werden soll, ab. Der Staat erscheint so als weitgehend unberechenbarer Moloch - die Unterschiede zwi-

gleichen Wahlrecht ausgestattet und dem gleichen Straf- und Zivilrecht, sondern auch einer Vielzahl *differenzierender* Regelungen unterworfen.

Es handelt sich hierbei aber *nicht* um eine *Verwirklichung* des Prinzips juristischer (Freiheit und) Gleichheit, sondern um Maßnahmen, die einer *anderen* Logik folgen, die der ersteren zumindest tendenziell widerspricht (weil *ungleich* behandelt).

Hinzukommt noch, daß es fraglich ist, ob eine solche staatlich-juristische Einfriedung der Revolution wünschenswert ist.[27]

Selbst angenommen, eine solche Strategie könnte zu einem 'Nullpunkt' der Herrschaftslosigkeit führen, und von da an könnten Freiheit und Gleichheit endlich vollständig und unverfälscht verwirklicht werden, bliebe noch folgender Einwand von Marx: Die in der Freiheit implizierte Vertragsfreiheit und das darin wiederum implizierte Recht auf freien und gleichen Warentausch führt notwendigerweise zu '*ungleichen*' gesellschaftlichen Verhältnissen (s. Kasten *Marx über Freiheit und Gleichheit*).

Daher kann es für RevolutionärInnen *nicht vorrangig* darum gehen, den Tagesspiegel an seine liberalen Prinzipien zu erinnern.[29]

Denn für RevolutionärInnen geht es nicht darum, das Menschenrechtssystem 'endlich beim Wort zu nehmen', sondern darum, es *umzustürzen*.

Dies heißt schließlich, daß RevolutionärInnen den Export des liberalen Menschenrechts in den Trikont *zumindest nicht als eigene* Forderung propagieren können. Denn der Menschenrechts-Export zu *einem* Zeitpunkt ist nur die Ergänzung (das Komplement) zum Diktatur-Export zu einem *anderen* Zeitpunkt:

«Wie internationales Recht ein ideologisches Konstrukt ist, hinter dem ein Gewaltverhältnis verschwinden soll, zeigt sich an der heuchlerischen Ausschlachtung des Ermittlungsverfahrens gegen den Ex-Diktator Chiles, Pinochet. *Nachdem Pinochet seine Aufgabe erfüllt hat*, die sozialistische Bewegung in Chile mit offener Aufstandsbekämpfung zu unterdrücken, lassen seine früheren Protegés aus Westeuropa ihn *jetzt* fallen. Er nützt ihnen jetzt mehr bei ihrem Interesse, gegenüber der Ordnungsmacht USA als europäische Union mit einem internationalen Strafgerichtshof auftrumpfen zu wollen. In der 'Süddeutschen Zeitung' endet der Leitartikel 'Öcalan und der Rechtsstaat' vom 25. November mit folgen-



der demagogischen Wendung, die anzeigt, daß *Völkerrecht* eben auch gegen *Volksführer* genutzt werden kann:

'Genau deshalb ist ja auch der Plan so wichtig, für alle diese Fälle, für die Pinochets *und Öcalans* und Karadzics dieser Welt ein

Marx über Freiheit und Gleichheit

«Aus dem Akt des Austauschs selbst kehrt jedes Subjekt als Endzweck des ganzes Prozesses in sich selbst zurück; [...]. *Damit ist also die vollständige Freiheit des Subjekts realisiert. Freiwillige Transaktion; Gewalt von keiner Seite*; [...]. Wenn so die Zirkulation nach allen Seiten eine Verwirklichung der individuellen Freiheit ist, so bildet ihr Prozeß als solcher betrachtet [...] die völlige Realisation der gesellschaftlichen Gleichheit. [...]. *Die Gleichheit dessen, was jeder gibt und nimmt, ist hier ausdrückliches Moment des Prozesses selbst.* [...]. Der in der Zirkulation entwickelte Tauschwertprozeß respektiert daher nicht nur die Freiheit und Gleichheit, sondern sie sind seine Produkte; er ist ihre reale Basis. [...].

Es ergibt sich daher der Irrtum jener Sozialisten, namentlich der französischen, *die den Sozialismus als Realisation der von der französischen Revolution nicht entdeckten, sondern historisch in Umlauf geworfenen bürgerlichen Ideen nachweisen wollen* und sich mit der Demonstration abmühen, daß der Tauschwert *ursprünglich* (in der Zeit) oder seinem Begriff nach (in seiner adäquaten Form) ein System der Freiheit und Gleichheit aller, aber verfälscht worden sei durch Geld, Kapital etc. Oder auch, daß die Geschichte bisher noch verfehlte Versuche gemacht habe, sie in der ihrer Wahrheit entsprechenden Form durchzuführen [...].

Das Tauschwertsystem und mehr das Geldsystem sind in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit. Die Widersprüche aber, die bei tieferer Entwicklung erscheinen, sind ***immanente*** *Widersprüche, Verwicklungen dieses Eigentums, Freiheit und Gleichheit selbst; die gelegentlich ins Gegenteil umschlagen.* Es ist ein ebenso frommer wie alberner Wunsch, daß z.B. der Tauschwert aus der Form von Ware und Geld sich nicht zu der Form des Kapitals oder die Tauschwert produzierende Arbeit sich nicht zur Lohnarbeit fortentwickeln soll. [...]. Im Gegensatz zu der klassischen Ökonomie der Steuart, Smith, Ricardo, die die Kraft besitzen, die Produktionsverhältnisse in ihrer reinen Form rücksichtslos darzustellen, wird diese ohnmächtig gespreizte Blaufärberei als Fortschritt behauptet.»[28]

'ignoriert' das Recht die Klassen, d.h. es sichert den Fortbestand der Klassenverhältnisse, indem es die Regeln, die sich an die 'freien' und 'gleichen' Individuen richten, kodifiziert und ihnen Respekt verschafft. [...]. Man muß also wählen: entweder das System der Vorstellungen der bürgerlichen juristischen Ideologie, das die Analyse des Staates in den Begriffen des Klassenkampf ausschließt, jedoch *ausschließt*, *um* den Klassenkampf vom Standpunkt der Bourgeoisie [...] zu führen; oder aber den proletarischen Standpunkt, der diese Mystifikation angreift, um gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zu kämpfen.» (Hervorh. i.O.).

26 Vgl. dazu: «Die *allgemeine* Rechtssubjektivität, die [...] sich in der *Rechts*ebene als *Abwesenheit* von *rechtlichen* Besonderheiten [...] artikuliert, muß sich durch 'Gegensteuerung' gegen die Entfaltung von 'Besonderheiten' unter den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft insbesondere gegen den Versuch der direkten Darstellung von Arbeitskraft als solcher (= Besonderheit), statt als Ware (= Allgemeinheit), [...] reproduzieren [...].» (Karl-Heinz Ladeur, *Rechtssubjekt und Rechtsstruktur*, Gießen, 1978, S. 70 - Hervorh. i.O.).

27 Vgl. dazu zur Debatte zwischen Eugen Paschukanis (pro) und Stalins Generalstaatsanwalt Wyschinski (contra) über das Absterben des Rechts im Sozialismus: Peter Schöttler, *Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des «Juristen-Sozialismus»*, in: *Demokratie und Recht* 1980, 6 f.

27a gruppe demontage, *Gegen die Militärdemokratur in der Türkei - Für eine Solidarität jenseits von* «Völkerrecht» *und* «Volk», in: *interim*, Nr. 467, 14.01.1999, S. 20 - erste, zweite und fünfte Hervorh. d. Verf.In; dritte und vierte d. Verf.In.

28 Karl Marx / Friedrich Engels, *Gesamtausgabe* [nicht zu verwechseln mit der kürzeren, aber weit bekannteren MEW-Ausgabe], Zweite Abteilung, Band 2, Dietz: Berlin/DDR, 1980, 56 f., 60 f. - Rechtschreibung modernisiert; alle Hervorhebungen mit Ausnahme von «ursprünglich» d. Verf.In. Vgl. dazu auch MEW 23, 189, 190 f.: «Die Sphäre der Zirkulation oder des Warentauschs [...] war in der Tat ein wahres Eden der angebornen Menschenrechte. [...]. Beim Scheiden von dieser Sphäre der Zirkulation, [...], verwandelt sich, so scheint es, schon in etwas die Physiognomie unsrer dramatis personae. Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andre scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts andres zu erwarten hat als die - Gerberei.»

29 Dies heißt selbstverständlich *nicht*, daß es *grundsätzlich* falsch ist, Rechtsforderung zu stellen. Entscheidend sind allerdings zwei Punkte: 1. diese Rechtsforderungen aus einer *konkreten Partei*lichkeit und nicht aus dem *idealistischen* Menschenrechts*system* heraus zu begründen (Berliner GenossInnen, *Wie offen ist Hanna Cashs 'Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF'?*, in: *interim*, Nr. 150, 06.06.1991, S. 31). Und 2. dabei den Unterschied zwischen Reform und Revolution nicht gradualistisch zu verwischen. «Die Sozialisten verzichten keineswegs auf den Kampf für die Durchführung von Reformen. [...]. Es ist aber ein bloßer bürgerlicher Betrug, wenn man Reformen predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt.» (6* 22, 175 - Vorschläge des ZK der SDAPR). Vgl. zu letzterem auch: Frieder Otto Wolf, *Ausstieg, Umgestaltung oder Umwälzung?*, in: *Das Argument*, Vol. 146, Juli/Aug. 1984, 584 (konkrete, widerständige Forderungen statt 'realistischer' Gesamtprogrammatik).

30 «Folter ist kein revolutionärer Kampfbegriff. Aufklärung darüber hat vielleicht eine Schutzfunktion - aber die Mobilisierung, die sie braucht, *muß sich gegen die Politik wenden, auf die der Staat mit Folter reagiert* [...], solange das Vehikel ihrer Politik der moralische Reflex derer ist, die in diesem Staat noch zu Hause sind [...], das heißt die Mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der Propaganda bewaffneter Politik vermittelt ist - [...] was immer heißt, selbst zur bewaffneten Aktion zu kommen.» (Andreas Baader, *Erklärung* [1975], in: *BRD - RAF*, GNN-Verlag: Köln, 1988[4], S. 59; Hervorh. d. Verf.In).

31 *Eine feministische Kritik*, in: *interim*, Nr. 229, 25.02.1993, S. 27.

32 Vgl. dazu: «In einem ähnlichen Muster wie in den 70/80er Jahren bei den Anti-Imps mit ihrem Dominanzanspruch auf Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF gibt es drei Leitdogmen: 1. Das Monopol in Türkisch-Kurdistan hat die PKK. 2. Es ist Krieg/Repression: Wer die Dominanz der PKK-freundlichen Solidarität infrage stellt und dabei Kritik von links übt, entsolidarisiert sich und nützt der Türkei/NATO. 3. Kritik von rechts an Militanz und Aktionsformen der PKK ist aus Bündnisgründen erlaubt, [...]. Es ist kein Zufall, daß Teile der Anti-Imps sich nach dem Ende der RAF politisch auf die PKK umorientiert haben. Das Monopol PKK-freundlicher Kurdistan-Solidarität plus bürgerlichem Bündnisspektrum [...] erschwert eine antinationale oder sozialrevolutionäre Solidarität mit den sozialen Kämpfen und gegen den NATO-Krieg in Türkisch-Kurdistan.» (gruppe demontage, *Gegen die*



Welttribunal zu etablieren, mit eigener Strafprozeßordnung für die internationale Gemeinschaft. [...].'»[27a]

Liberale Pseudo-Kritik am Tagesspiegel oder revolutionärer Kampf gegen den Imperialismus?

Den Tagesspiegel *nur* wegen des vermeintlichen *Verrats* seiner liberalen Prinzipien zu kritisieren, würde bedeuten, zumindest auf halbem Weg zu sein, *selbst* nur noch liberale Positionen zu vertreten und damit militantem Widerstand die Legitimation zu entziehen. Dies würde im vorliegenden Fall bedeuten, dem Widerstand der KurdInnen, die sich in der Tat *nicht* an das staatliche Gewaltmonopol gehalten haben, die Berechtigung abzusprechen.

Eine liberale Kritik der staatlichen Repression muß sich *gegen* die Politik wenden, auf die die staatliche Repression reagiert.[30]

Wie FrauenLesben in anderem Zusammenhang formuliert haben: «jede gesellschaftliche auseinandersetzung soll so auf die sogenannte 'demokratisch-rechtsstaatliche' ebene fixiert werden. [...] das [ist] nicht nur unpolitisch und entpolitisierend, sondern sexistisch und rassistisch, ausdruck der privilegien weißer männer (und sich daran orientierender weißer frauen).»[31]

Für bundesdeutsche RevolutionärInnen kann es *nicht vorrangig* darum gehen, den Tagesspiegel zur Beachtung des liberalen Wertekanons zu ermahnen (und es kann auch nicht darum gehen, bundesdeutscher Transmissionsriemen der PKK ins bürgerliche Bündnisspektrum zu werden[32]). Es geht vielmehr *vor allem* darum, die militärische, ökonomische, politische und ideologische

---

«Das Tauschwertsystem und mehr das Geldsystem sind in der Tat das System der Freiheit und Gleichheit.»

Karl Marx

Den Liberalismus wirklich bekämpfen?

Ich fand es von Anfang an richtig (und ich finde es weiterhin richtig), die Kundgebung «Gegen rassistische Hetze in den Medien» nicht vor der Springer-Presse - von der eh jedeR weiß, wie sie 'berichtet' - zu veranstalten, sondern vielmehr seriöse VertreterInnen der gesellschaftlichen Mitte anzugreifen.

Meine Kritik setzte zunächst da an, wo ich den Eindurck hatte, daß der Tagesspiegel in dem Aufruf für Positionen kritisiert wird, die er *nicht* vertreten hat, und daß dadurch die *notwendige Kritik* an den Positionen, die der TSP tatsächlich vertreten hat, *versäumt wird*. Dies stellte für mich zunächst nicht die Richtigkeit, die Kundgebung *vor dem Tagsspiegel* durchzuführen, in Frage. Unter anderem in diesem Sinne sollte die Parole «Den Liberalismus bekämpfen!» verstanden werden.

Allerdings hatte ich selbst die Berichterstattung des Tagesspiegel nicht kontinuierlich verfolgt und mich zunächst nur intensiver mit den Artikeln beschäftigt, die im Kundgebungsaufruf kritisiert wurden. - Eine etwas dürftige Informationsgrundlage und keinesfalls meinen eigenenAnsprüchen an die Fundiertheit der Bestimmung der politischen Taktik gerecht werdend. Mein Eindruck auf Grundlage dieser unzureichenden Recherche war: Der TSP hat zwar seine *liberalen Grundsätze nicht verraten*; aber er hat sehr *defensiv* argumentiert und den Liberalismus eher nach seiner *repressiven Seite akzentuiert*. Auf dieser Grundlage erschien es mir - auch unter taktischen Gesichtspunkten - nicht nur sinnvoll, den Liberalismus des TSP ideologisch-theoretisch anzugreifen, sondern dort auch die Kundgebung durchzuführen.

Mittlerweile hat mich eine etwas gründlichere Lektüre des TSP veranlaßt, diese Auffassung teilweise zu revidieren: Der TSP hat - anders als ein Großteil der Fernsehberichterstattung, die ich (allerdings auch nur sporadisch) beobachtet habe - kontinuierlich Distanz zur bundesdeutschen und Berliner Regierungspraxis gewahrt und den Schily-Kanther-Kurs teilweise bissig kritisiert (s. den Kasten «Das schöne Gesicht des Liberalismus»). Dies macht zwar nicht die strategische Parole «Den Liberalismus bekämpfen!» falsch. Denn dies würde die widersprüchliche *Einheit* der 'guten' und der 'schlechten' Seite des Liberalismus übersehen.

Sehr wohl erscheint es mir in Anbetracht der Spezifizität der Position des TSP aber inzwischen als taktisch fragwürdig, daß wir unseren *Haupt*'schlag' gegen den Tagsspiegel geführt und reaktionärere Berichterstattung (was nicht nur Springer-Boulevardpresse war) weitgehend unbehelligt gelassen haben. Vielleicht wäre es sogar den Versuch Wert gewesen, zu probieren, eine Veranstaltung zur Kritik der *mainstream*-Berichterstattung zu organisieren und dazu auch den TSP einzuladen und *dort* die Kritik an seiner liberalen Alternative zur *mainstream*-Berichterstattung zu führen. (Aber dies ist auch mir erst *nach* der Kundgebung eingefallen).

Ein solches partielles 'Bündnis' mit dem liberalen TSP wäre keine Rücknahme der Kritik am Liberalismus, sondern sollte diesen «stützen [...], wie der Strick den Gehängten» (💣 31, 75). Dies würde bedeuten, anzuerkennen, worin sich der bürgerlich-liberale TSP von bürgerlich-reaktionären Zeitungen unterscheidet, und uns gleichzeitig ein Podium für tatsächlich revolutionäre Kritik am TSP erobern.

Den Liberalismus angemessener bekämpfen!

Militärdemokratur in der Türkei - Für eine Solidarität jenseits von «Völkerrecht» *und* «Volk», in: *interim*, Nr. 467, 14.01.1999, S. 25).

33 «*Die Sabotage der deutschen Kriegsunterstützung ist auf jeden Fall richtig*, auch wenn die Zoras (wir ebenfalls) viele berechtigte Zweifel daran haben, was die PKK irgendwann einmal an tatsächlicher Befreiung (besonders der Frauen) in einem unabhängigen kurdischen Staat zulassen würde.» (Frauen [aus der radikal?], *Frauen in Kurdistan - Rote Zora*, in: *radikal*, Nr. 154, Juni 1996, S. 44; Hervorh. d. Verf.In. Der Text trägt den Untertitel «ein Betrag von Frauen». Auf S. 46 heißt es: «Wenn ihr Infomaterial dazu besitzt, schickt es uns an unsere Postadresse.» Da der Text keine Adresse nennt, steht zu vermuten, daß mit «*unsere[r]* Postadresse» die Adresse der *radikal* gemeint ist, es sich also um Frauen aus der *radikal* handelt.).

34 Vgl. bspw.: «Ein Verständnis der Menschheit, das sich nicht auf Patriotismus stützt, ist Kosmopolitismus. Es ist ohne Resultat und Hoffnung. Das bedeutet, mit den Menschen auf eine gefährliche Art zu spielen.» (Öcalan, in: *Kurdistan-Report*, März 1994 zit. n. gruppe demontage, *Postfordistische Guerilla? Vom Mythos nationaler Befreiung*, in: *17° C*, Nr. 14, Mai/Juni/Juli 1997, S. 67). Vgl. krit. zur Politik der PKK ebenfalls: Rote Zora, *Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht*, in: *radikal*, Nr. 153, Teil 1, Nov. 1995, S. 53 f.

35 Vgl. dazu: «Der Grundsatz der Nationalität ist in der bürgerlichen Gesellschaft unvermeidlich, und der Marxist, der mit dieser Gesellschaft rechnet, erkennt die *geschichtliche* Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist, damit sie nicht zur Vernebelung des proletarischen Klassenbewußtseins durch die bürgerliche Ideologie führe. Fortschrittlich ist das Erwachen der *Massen* aus dem feudalen Schlaf, ihr *Kampf gegen Unterdrückung*, für die Souveränität des Volkes, für die Souveränität der Nation [statt des Monarchen, d. Verf.In]. Daher die *unbedingte* Pflicht des Marxisten, auf allen Teilgebieten der nationalen Frage den entschiedensten und konsequentesten *Demokratismus* zu verfechten. Das ist *in der Hauptsache eine negative Aufgabe*. Weiter darf das Proletariat in der Unterstützung des Nationalismus nicht gehen, denn dann beginnt die 'positive' (bejahende) Tätigkeit der nach *Stärkung* des Nationalismus strebenden *Bourgeois*. Jedes feudale Joch, jede nationale Unterdrückung, jedwede Privilegien einer der Nationen oder Sprachen abzuschütteln ist die unbedingte Pflicht des Proletariats als einer demokratischen Kraft, ist das unbedingte Interesse des proletarischen Klassenkampfes, der durch den nationalen Hader verdunkelt und gehemmt wird. Aber den bürgerlichen Nationalismus *über* diese streng gezogenen, durch einen bestimmten historischen Rahmen gegebenen Grenzen *hinaus* zu fördern, heißt das Proletariat verraten und sich auf die Seite der Bourgeoisie schlagen.» (💣 20, 19 f. - Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage; Hervorh. teils i.O., teils d. Verf.In). Was Lenin hier zum Verhältnis des Klassenkampfes zur Nation sagt, gilt entsprechend auch für die Austragung anderer gesellschaftlicher Widersprüche, insbesondere des Geschlechterkampfs.

36 💣 20, 399 - Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Der Begriff der «Selbstbestimmung» ist dabei nicht in einem besonders emphatischen Sinn, sondern im nüchtern-juristischen Sinne zu verstehen: «Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Lostrennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaates zu verstehen.» (ebd., s.a. S. 402 unten). Die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung ist damit in ihrer Reichweite also ähnlich begrenzt, wie die Forderung nach Parlamentssouveränität statt Feudalismus (vgl. ebd., 401). Sie hat übergangsweise ihre Berechtigung, aber sprengt nicht die bürgerlichen Produktionsverhältnisse: «Vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen bietet der Nationalstaat zweifelsohne die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß ein solcher Staat auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse die Ausbuetung und Unterdrückung der Nationen ausschließen könnte.» (ebd. 402).

37 💣 20, 9 - Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage; Hervorh. i.O.

38 Ebd.; Hervorh. i.O.

39 «Die großrussischen und ukrainischen Arbeiter müssen gemeinsam und, solange sie in *einem* Staat leben, in engster organisatorischer Einheit und Verschmolzenheit für die allgemeine oder internationale Kultur der proletarischen Bewegung eintreten und in der Frage, in welcher Sprache sie propagiert wird und was für rein örtliche oder rein nationale *Besonderheiten* berücksichtigt werden, absolute Toleranz üben. [...]. Jede Propagierung der Trennung der Arbeiter einer Nation von einer anderen, alle Ausfälle gegen marxistisches 'Assimilantentum' [...] ist *bürgerlicher* Nationalismus, gegen den ein unbedingter Kampf geführt werden muß. [...]. Der Marxismus ist unvereinbar mit dem Nationalismus, mag dieser noch so 'gerecht', 'sauber', verfeinert und zivilisiert sein. Der Marxismus setzt an die Stelle

jeglichen Nationalismus den Internationalismus, die Verschmelzung aller Nationen zu einer höheren Einheit, die vor unseren Augen wächst mit jedem Eisenbahnkilometer, mit jedem internationalen Trust, mit jedem (in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit sowie in seinen Ideen und seinen Bestrebungen internationalen) Arbeiterverband.» (ebd., 18, 19 - Hervorh. i.O.).

40 «Wäre der Kapitalismus in England so rasch gestürzt worden, wie Marx anfänglich erwartete, so wäre in Irland für eine bürgerlich-demokratische, gesamtnationale Bewegung kein Raum gewesen. Nachdem sie aber einmal entstanden ist, gibt Marx den englischen Arbeitern den Rat, sie zu unterstützen, [...].» (6* 20, 446 - Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen). «Die englische Working Class wird *nie was ausrichten*, before it has got rid of Ireland.» (MEW 32, 415 - Hervorh. i.O.).

41 Rote Zora, *Ihr habt die Macht, uns gehört die Nacht*, in: *radikal*, Nr. 153, Teil 1, Nov. 1995, S. 54.



Erläuterungen:

B (nach Seitenzahl) = Bericht des Tagesspiegel

K (nach Seitenzahl) = Kommentar des Tagesspiegel

dramatis personae (in FN 28) = Personen, die in einem Drama auftreten

6* = ? Na, ratet mal... - Lenin, Werke, Dietz-Verlag: Berlin/DDR (zit. n. Band und Seitenzahl). - Hättet Ihr nicht gedacht bei *den* Zitaten, oder?



Vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen bietet der Nationalstaat zweifelsohne die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus.



Kundgebung „Gegen rassistische Hetze"

BERLIN (Tsp). Zu einer Kundgebung „Gegen rassistische Hetze in den Medien" trafen sich gestern nachmittag rund 50 Menschen vor dem Tagesspiegel-Verlagsgebäude in der Potsdamer Straße in Tiergarten. Wegen angeblich „unseriöser und diskriminierender Berichterstattung" im Zusammenhang mit der Entführung des Kurdenführers Öcalan und den anschließenden teilweise gewalttätigen Protesten wollten die Demonstranten dem Tagesspiegel einen „Medienpreis BrandSatz 1999" überreichen. Die Redaktionsleitung wies die Vorwürfe zurück und lud Vertreter der Demonstranten zum Gespräch ein.

Reaktionär oder liberal? - Tagesspiegel-Bericht vom 19.03.1999 über die Kundgebung

Unterstützung des türkischen Kolonialismus in Kurdistan durch die BRD (*einschließlich* der Ratschläge des Tagesspiegel zur liberalen *counterinsurgency*) zu sabotieren.[33]

Nationale Befreiung oder feministisch-kommunistische Revolution?

Es geht darum, im Rahmen einer revolutionären Strategie handlungsfähig zu werden.

Dafür ist es zwar einerseits keinesfalls geboten, die politischen Positionen der PKK[34] zu übernehmen.

RevolutionärInnen haben zwar den türkischen Kolonialismus und dessen Unterstützung durch die BRD anzugreifen, bis hin zur Verteidigung des *Rechts* der KurdInnen auf Lostrennung von Türkei. Dies ist aber «in der *Hauptsache* eine *negative* Aufgabe»[35], die in der Kritik von Kolonialismus und Imperialismus besteht. Eine positive Stellungnahme zur kurdischen (oder irgendeiner anderen, insbesondere deutschen) Nation kann aber nicht die Aufgabe der RevolutionärInnen sein: Denn «der Nationalstaat [ist] *für die kapitalistische* Periode das *Typische*, das Normale»[36]. «In jeder Nation gibt es [...] eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu eine erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von 'Elementen', sondern als herrschende Kultur. Deshalb *ist* die 'nationale Kultur' schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie. [... Wir] entnehmen [...] jeder nationalen Kultur *nur* ihre [...]sozialistischen Elemente; entnehmen sie *nur* und *unbedingt* als Gegengewicht zur bürgerlichen Kultur, zum bürgerlichen Nationalismus *jeder* Nation.»[37]

RevolutionärInnen dürfen nicht «Losung der nationalen Kultur» aufstellen, sondern müssen «im *Gegensatz* zu ihr in allen Sprachen [...] die Losung des Internationalismus [...] propagieren»[38].

Sie propagieren nicht die nationale Abgrenzung, sondern die gemeinsame Organisierung aller RevolutionärInnen innerhalb der jeweils gegebenen (staatlichen) Gebietskörperschaften sowie die Überwindung der nationalen Unterschiede im weltrevolutionären Prozeß.[39]

Die *Ausübung* des Rechts auf nationale Lostrennung wird für RevolutionärInnen nur dann zur Losung, wenn die RevolutionärInnen zu schwach (bzw. die Pseudo-RevolutionärInnen nicht willens) sind, sämtliche Unterdrückung (einschließlich der nationalen) innerhalb der gegebenen Staatsgrenzen zu überwinden, sich aber gleichzeitig innerhalb der national unterdrückten Gebiete eine starke bürgerlich-nationalistische Bewegung herausgebildet hat, die zumindest diese Unterdrückung beseitigt.[40]

Andererseits dürfen die - sich aus dieser Position ergebenen - Differenzen zu Politik der PKK aber auch nicht zum Alibi für Nicht-Verhalten werden:

«Wichtig ist, die Unterschiede wahrzunehmen [...], aber genauso wichtig ist es, aus den die HERRschaft stärkenden Abgrenzungen auszubrechen und ein kämpferisches Miteinander zu entwikkeln, das die Durchsetzung alter und neuer patriarchaler Macht und kapitalistischer Verwertungsziele behindert, wo immer wir es schaffen. Unsere Hoffnung auf Frauenbefreiung und unsere Vorstellung von Kommunismus [...] kann als Tendenz nur dann sicht- und lebbar werden, wenn wir unsere von einander abgegrenzten und gegeneinander ausspielbaren [...U]nterdrückungen und unsere unterschiedlichen Strategien dagegen in eine Kraft vernetzter Widerstandsstrukturen umwandeln.»[41]

Solidarität heißt Widerstand!

Das staatliche Gewaltmonopol angreifen!

Den Liberalismus bekämpfen!

Hoch die internationale, feministisch-kommunistische Revolution!

Kiezdisko Prenzlauer Berg - Freitag 09. April 1999

KvU - Kremmener Straße 9-11

22.00 Uhr - Prozeßkostensoli

Zusammen kämpfen!

1 MAI

Der Erste

Demo • 18 Uhr • Oranienplatz